



Basisdemokratisches Bündnis &

Basisgruppen*

Fahrrad am Laternenpfahl:
blöd

Lehrinhalte:
blöd

Plakatierverbot:
blöd

Kommiliton_innen:
blöd

mein Studiengang:
blöd

Ich:
blöd

15.-18. Jan: Uni-Wahlen
Basisgruppen & BB wählen...
Seite 2-3 und 16 ▶

Burschi-Reihe Teil II
Sexismus mit Tradition
Seite 11-13 ▶

Freiraum vs Zeitdruck
Leben an der Uni
Seite 6-7 ▶

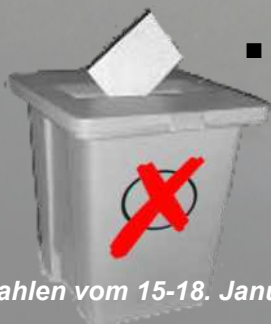
Datenschutz?
Überwachung im 21. Jhdt.
Seite 14-15 ▶

Studiengebühren
zahlen:
blöd

Zeitdruck:
blöd

Ohne Basisgruppen ist alles blöd.

...außerdem in dieser Ausgabe:



Wahlen vom 15-18. Januar

- Das Elend der ADF - alles hat ein Ende (Seite 4)
- Praktikum - auch nur Niedriglohn (Seite 5)
- Streit um die Altamerikanistik (Seite 7)
 - Bildung im Wandel - Wo stehen wir eigentlich? (Seite 8-10)
 - Termine - Veranstaltungen in Göttingen (Seite 15)
 - Ziele des BB im AStA (Seite 16)

Kein Heulen und Zähneklappern: die Aktivitäten des BB im letzten Jahr

Die Uni-Wahlen stehen vor der Tür. Entsprechend gilt für die meisten, dass es nun heißt, sich am institutionalisierten Prozedere zu beteiligen und die zu wählen, die einem am nächsten stehen. Das gilt dann gemeinhin als Demokratie. Die Kritische Theorie hat einen alternativen Begriff von Demokratie stark gemacht. Ihr gilt Demokratie als Verwirklichung der "Selbstbestimmung der Menschheit" und lässt sich deshalb nicht von dem trennen, was da gewählt wird. Für die Uni-Wahlen hieße das, nicht einfach irgendetwas zu wählen, sondern vielmehr diejenige Position zu stärken, die diese Selbstbestimmung in den theoretischen wie praktischen Blick nimmt. Einfach so irgendetwas zu wählen hat so wenig mit Demokratie in einem emphatischen Sinne zu tun, wie Studiengebühren mit sinnvoller Bildungsfinanzierung.

In der vorliegenden 15. Ausgabe unseres Heftchens möchten wir für euch plausibel machen, warum es sich genau deshalb lohnt tatsächlich zur Wahl zu gehen und nicht einfach irgendwen, sondern genau Basisgruppen und das Basisdemokratische Bündnis zu wählen. Zu diesem Zweck fassen wir noch mal zusammen, was wir im letzten Jahr so getan haben (gleich rechts) und versuchen kurz darzustellen, was Basisgruppen eigentlich sind (Seite 3) und warum die ADF, weil sie das nicht ist, gerade in einer personellen Krise steckt (Seite 4).

Dann gibt es noch ein paar Hinweise darauf, wie unsere Kritik an den Wandlungen im Bildungswesen (Seite 8-10) und unser Eintreten für Freiräume an der Universität (Seite 6) mit der Forderung nach menschlicher Emanzipation zusammenhängen und wie studentische Verbindungen (Seite 11-13) und die Außerkraftsetzung des Datenschutzes (Seite 14 & 15) ebenso wie der kaum widersprochene Zwang, von Praktikum zu Praktikum zu hetzen (Seite 5), dem entgegenstehen.

Sollte euch das überzeugt haben, bitten wir euch nicht nur um eure Stimme bei den Wahlen vom 15. bis 18. Januar, sondern vor allem um eure Mitarbeit bei uns.

Viel Spaß beim Lesen!

Weil es nicht hilft, immer nur zu klagen, ist das Basisdemokratische Bündnis in den letzten Jahren verstärkt dazu übergegangen, in Kooperation mit unterschiedlichsten Institutionen des Göttinger Kultur- und Politlebens Veranstaltungen durchzuführen. Nachdem bereits im letzten Wintersemester regelmäßig etwa ein Umsonstkino angeboten wurde, haben wir unsere Aktivitäten im letzten Jahr noch weiter ausgedehnt.

Kulturelles Highlight unserer Aktivitäten war wohl das im Juni auf dem Unigelände veranstaltete „Festival gegen Sexismus und Nationalismus“ - das Antifee. 2 Tage lang haben 11 Bands und über tausend Zuschauer bei schlechtem Wetter für gute Stimmung gesorgt. Zusätzlich gab es noch mehrere Workshops, für die 2 Großzelte aufgebaut wurden, eine Diskussion und einen OpenAir Poetry-Slam. Der Poetry-Slam selber hat zudem mittlerweile vier Mal in seiner Indoor-Variante stattgefunden und den Theaterkeller jedesmal bis auf den letzten Platz gefüllt.

Ebenfalls regelmäßig senden wir, immer am letzten Montag im Monat, im Stadtradio auf 107,1 unsere Radiosendung "Beatz 'n' Breaks - BB on air". Nicht ganz so regelmäßig gab es auch mal Parties, zuletzt im Dezember die VG-Revival-Party „Tanz kaputt, was dich kaputt macht!“ am Nordcampus. Zum Anfang dieses Semesters haben wir dann weder Kosten noch Mühen gescheut und die Band „Früchte des Zorns“ in den Theaterkeller eingeladen, die dort ihre gelungene Mischung aus Polit-Folk und Liedermaching zum Besten gab.

Zusätzlich zu unserem kulturellen Engagement laden wir immer wieder zu politischen Vorträgen ein. So gab es beispielsweise im letzten Semester eine Veranstaltung zu den Diskussionen um den §129a (Bildung einer terroristischen Vereinigung) und eine Veranstaltung unter dem Titel „Vom Rand zur Mitte“, bei der die rassistischen und nationalistischen Einstellungen der sog. gesellschaftlichen Mitte Thema waren. In diesem Semester haben wir mit dem ehemaligen Opel-Betriebsrat Wolfgang Schaumberg über die Perspektiven gesellschaftlicher Veränderungen diskutiert.

Ebenfalls in diesem Semester fand eine Veranstaltungsreihe zu Kritischen Wissenschaften statt. Es gab Vorträge zu unterschiedlichen Aspekten kritischer Wissenschaft: Kritische Psychologie, Gendertheorien, Nationalismuskritik. Zusätzlich dazu geben wir regelmäßig unsere Zeitung heraus, deren 15. Ausgabe du ja gerade in der Hand hältst. Außerdem waren wir an der Ausrichtung des WelcomeToTheMachine-Abend im Oktober beteiligt, einer Art alternativem Orientierungsabend.

Alles in Allem also ein recht beachtliches Pensum, das wir abgerissen haben. Falls du möchtest, das es da im nächsten Jahr noch mehr von gibt, dann solltest du uns deine Stimme bei der Uniwahl geben oder viel besser noch bei unseren Treffen donnerstags um 20 Uhr im Raum des FSR Sowi (Oeconomicum, E80) vorbeikommen.

info@bb-goettingen.de



Harte Zeiten erfordern starke Basisgruppen



Uni-Politik funktioniert - ganz grob - in etwa so, dass einmal im Jahr alle mehr oder minder interessierten Studis ihre Stimmen abgeben und diverse studentische Parlamente und anderweitige VertreterInnen wählen. Danach ist das Thema „Uni-Politik“ erstmal gegessen und bleibt denen überlassen, die mit dem Amt der „studentischen Interessenvertretung“ betraut wurden.

Neben einem schier unüberblickbaren Wust aus Fachschaften, Fachgruppen, Fakultätsräten und anderen, auf die eine oder andere Art und Weise organisierten universitären Gremien gibt es auch noch die Basisgruppen. Was es mit denen auf sich hat, wollen wir im Folgenden erklären.

Während Fachgruppen die offizielle, gewählte Vertretung der Studierenden darstellen, sind Basisgruppen davon unabhängige politische Zusammenschlüsse. Sie tauchen in keiner Satzung auf und sind eher so etwas wie Polit-Gruppen. Ihr Anspruch zielt - das macht schon der Name deutlich - darauf, die Studierenden des jeweiligen Fachbereiches zu organisieren. Uni-Politik wird hier nicht als Aufgabe einer kleinen, dafür gewählten Elite begriffen. „Uni-Politik ist das, was wir draus machen“ könnte das Gründungs-Credo der Basisgruppen

lauten. Nachhaltige Veränderungen ergeben sich letztlich nicht dadurch, dass eine andere Besetzung der studentischen Organe gewählt wird. Auch wenn 41 Black-Bloc-AktivistInnen im Studierendenparlament sitzen würden - es würde nicht viel ändern, solange wir Studierenden nicht selber aktiv werden.

Dabei ist der eigene Fachbereich zwar der Ort der Organisation, aber bei weitem nicht der alleinige Ort der Auseinandersetzung. Ohne Bezüge zur Fakultät lässt sich kaum verstehen, was innerhalb eines Fachbereiches passiert. Und auch da bleibt fast alles im Dunkeln, wenn nicht die Uni als Ganze in den Blick gerät. Aber auch da ist noch nicht Schluss. Denn die Veränderungen an den Universitäten, die bis in die einzelnen Studiengänge, Vorlesungen und Seminare durchschlagen, sind Produkt bildungs- und wissenschaftspolitischer Veränderungen, wie sie in den letzten Jahren vorgenommen wurden. Veränderungen, die wiederum eingereicht gehören in Versuche politischer Modernisierung, wie sie von Landes- und Bundesregierungen auch in anderen politischen Bereichen vorgenommen wurden, oftmals im Rahmen globaler Absprachen, die einer Logik folgen, die

sich alleine aus der Uni heraus nicht erklären lässt und die deshalb gesamtgesellschaftlich begriffen werden müssen.

Darum spielen für Basisgruppen oft auch politische Phänomene eine Rolle, die auf den ersten Blick nichts mit der Uni im engeren Sinne zu tun zu haben scheinen. Letztlich zeigt sich dann aber, dass sich das nicht so einfach trennen lässt. Neoliberale Marktlogik spiegelt sich auch in den jüngsten Unireformen wieder, Rassismus und Antisemitismus zeigt sich auch im Studierendenparlament, von den diversen Burschenschaften mal ganz zu schweigen.

Basisgruppen sind hier der Versuch, das Allgemeine mit dem Besonderen zu verbinden. Die täglichen Erfahrungen im universitären Alltag sollen auf gesamtgesellschaftliche Entwicklungen bezogen, politische Tendenzen im studentischen Alltag aufgespürt werden. Und das in einem gemeinsamen Prozess, in dem jüngere und ältere Studierende sich gemeinsam und gleichberechtigt in Themen einarbeiten, sich Meinungen bilden und versuchen, diese dann den Menschen nicht nur, aber vor allem, an ihrem Fachbereich plausibel zu machen.

julian.bierwirth@bb-goettingen.de

"Nobody wants to be lonely - Nobody wants to cry"

(Christina Aguilera, Ricky Martin)

Oder: warum die "größte hochschulpolitische Gruppe Göttingens" mehr StuPa-Sitze als Aktive hat

In der Einladung¹ zur Sitzung des Studierendenparlaments am 03.12.07 konnte man einen Hinweis auf das finden, was viele von uns schon seit längerem vermuten: Die ADF, die sich gern selbst als die "größte hochschulpolitische Gruppe Göttingens"² tituliert, steckt in einer personellen Krise. Unter Tagesordnungspunkt 10 (welcher später jedoch wieder gestrichen wurde) der besagten Einladung war zu lesen: "Empirische Untersuchung des hochschulpolitischen Engagements der Studierenden". Eine solche Befragung hielt die ADF deshalb für nötig, weil sie davon ausgeht, dass sich immer weniger Studierende hochschulpolitisch engagieren, was sie wiederum vermutlich daraus schließt, dass ihre eigene Personaldecke immer dünner wird. Da die ADF den genannten Tagesordnungspunkt wieder fallen gelassen hat, und daher vermutlich immer noch ratlos darüber ist, warum es auf ihren Sitzungen immer so beschaulich und einsam zugeht, wollen wir uns unsererseits Gedanken darüber machen, warum der ADF die Aktiven weg brechen. Man hilft sich ja schließlich gegenseitig in schlechten Zeiten.

'What goes up, must come down' (Blood, Sweat and Tears: Spinning Wheel)

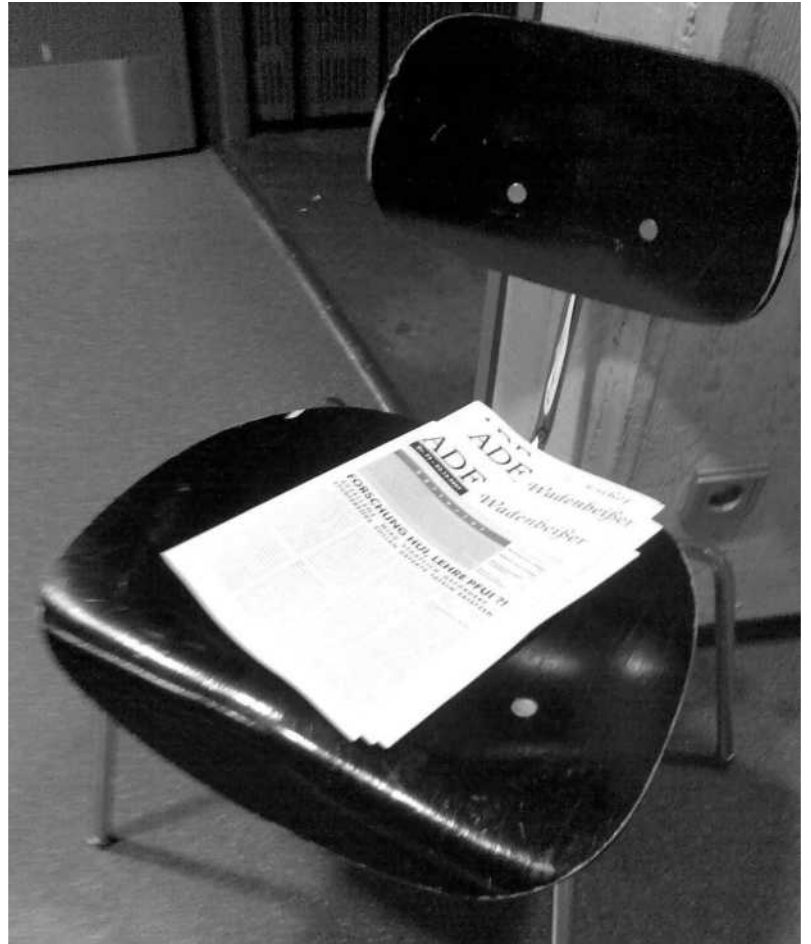
Während sich allein in diesem Semester mit der BG Jura und der BG fIMP zwei neue Basisgruppen gegründet haben³ und sich darüber hinaus auch in den anderen Basisgruppen sowie im BB zusätzliche Menschen einbringen, scheint die AStA-stellende ADF immer mehr zu einem Grüppchen von einigen wenigen Aktiven zusammenschrumpfen. Abzulesen ist dies an verschiedenen Phänomenen: Immer wieder erscheinen gewählte studentische Vertreter_innen der ADF nicht zu den Kommissionen, in denen sie Stimmrecht haben, und während des Studierendenparlaments gibt es 15-

minütige Fraktionspausen, damit die ADF-Fraktion ihre Sitze mit telefonisch herbeizitierten Mitgliedern auffüllen kann. Darüber hinaus liest sich das ADF-Blättchen "Wadenbeißer" in letzter Zeit immer häufiger wie eine Sammlung aus zusammengeklauten Artikeln aus der AStA-Revista und umformulierten Pressemitteilungen von Universität und Bundesregierung; eigene Inhalte sucht man hier vergeblich.⁴

'Von hier an blind' (Wir sind Helden)

Dass die ADF gerade jetzt, wo sie eigentlich

ADF-Wadenbeißer wird immer langweiliger: Die Zeitung besteht zum Großteil aus abgeschriebenen Pressemitteilungen des Uni-Präsidiums



auf dem Zenit ihrer Macht steht, die Basis wegbriecht, ist dabei kein Zufall. Gegründet wurde die ADF in den 1990ern von Studierenden, die es verabscheuten, dass die damaligen ASten hochschulpolitische Themen explizit nicht von sogenannter Allgemeinpolitik trennten, sondern auf der gesellschaftliche Verstrickung der Hochschule in die Gesamtgesellschaft bestanden. Die ADF hingegen verstand und versteht sich auch heute noch explizit als "unpolitisch" und behauptet ihr politisches Handeln lediglich an sogenannten "studentischen Interessen" zu orientieren. Was dies in der Praxis heißt, ist spätestens jetzt, nach mehreren Jahren eines ADF geführten AStAs, spürbar: Während frühere linke, emanzipatorische oder basisdemokratische ASten einen Begriff von Bildung stark machten, der über wirtschaftliche Verwertbarkeit hinauswies und Momente der Persönlichkeitsbildung, der kritischen Auseinandersetzung mit der (gesellschaftlichen) Realität und eine Stärkung des Individuums gegenüber der Gesellschaft einforderten, schlägt sich die ADF voll und ganz auf die Seite des Studiums als "Ausbildung" und "Investition ins Humankapital". Alles, was einem schnellen und schlanken Studium im Weg stand, durfte ruhig beseitigt werden. Und so verwundert es auch nicht, dass die ADF (ab-

¹) http://stupa.uni-goettingen.de/fileadmin/stupa/einladungen/Einladung_2007-12-03.pdf

²) Laut eigener Angabe hat die ADF 250 Mitglieder. Diese Zahl imaginiert sie sich wohl durch die Größe ihrer Wahlliste zusammen, auf der sich tatsächlich über 200 Menschen finden, von denen jedoch die allerwenigsten tatsächlich aktiv sind. De facto steht die überwiegende Mehrheit dieser Leute auf der Liste, weil sie jemanden kennen, der jemanden kennt, die jemanden kennt, der jemanden aus der ADF kennt. Aber die Wahlpublikation mit den vielen Gesichtern sieht schon hübsch aus, oder?

³) Vgl. <http://bb-goettingen.de/950>

⁴) Neben dem Fakt, dass chronischer Personalmangel bei der ADF herrscht, verweist dies auch genau darauf, dass die ADF eben überhaupt gar keine eigenen Inhalte hat. Nur deshalb kann es ihnen überhaupt in den Sinn kommen, Uni-Pressemitteilungen unkommentiert zu reproduzieren.

⁵) Wadenbeißer Nr. 68, S. 9.

⁶) Wadenbeißer Nr. 36 (15.1.2002), S.2.

⁷) Dass die tonangebenden ADF-Kader selbst zweistellige Hochschulsemester-Zahlen (in den "alten" Studiengängen) aufweisen, ist in diesem Zusammenhang ein lustiger, widersprüchlicher Nebeneffekt.

⁸) Wadenbeißer Nr. 68, S. 10.

gesehen von ein paar kosmetischen Korrekturen an einzelnen Studiengängen) an der Umstellung der Studiengänge auf das Bachelor-/Master-System, die uns immer weniger Möglichkeiten darüber einräumen, selbst zu entscheiden, welche Seminare wir belegen und welche Schwerpunkte wir setzen möchte, nichts grundsätzlich zu bemängeln hatte. Noch in der Wahlausgabe des ADF-Wadenbeißer vom Januar 07 wird etwa die Einführung der Bachelor-Studiengänge gelobt, und darauf verwiesen, dass "Unannehmlichkeiten für Studierende weitgehend vermieden werden"⁵ konnten. Anstatt darüber zu sinnieren, warum sich niemand mehr bei der ADF engagiert, hätten die ADF-Autor_innen vielleicht lieber einmal die neuen Erstsemester fragen sollen, ob diese es vielleicht doch als eine Unannehmlichkeit wahrnehmen, wenn man sie bei der Immatrikulation fragt, ob sie nicht doch lieber ein anderes Zweitfach wählen möchten, weil sich ja Pflichtveranstaltungen mit dem ersten überschneiden, und es deshalb gar nicht so richtig studierbar sei. Aber vielleicht sind dies aus Sicht der ADF-Bürokrat_innen auch gar keine Unannehmlichkeiten, geht es ihnen doch gerade nicht darum, sich im Studium mit Inhalten, die man für relevant hält, auseinanderzusetzen, sondern lediglich darum, möglichst schnell einen Abschluss zu erlangen, um sich möglichst schnell auf dem Arbeitsmarkt (vielleicht als Praktikant_in; siehe rechts) verwursten zu lassen.

Mit den jüngsten Reformen an der Uni hat sich also die schlechte Utopie der ADF von einem schnellen Studium, indem alle (durch Bachelor-/Master und Studiengebühren) gezwungen sind, mit Tunnelblick durchs Studium zu hetzen, endlich erfüllt. Für die ADF hat dies jedoch einen paradoxen Nebeneffekt: Sie hat sich endgültig historisch überlebt. Das schlanke Studium ist da, kritische Inhalte sind weitgehend aus der Uni verdrängt und jede und jeder hat eine vollen Stundenplan, der nicht viel Zeit jenseits der Pflichtveranstaltungen lässt. Warum sollte man sich also noch bei der ADF engagieren, vertritt sie doch gerade die, die

„hier einfach nur studieren wollen“⁶? Wenn das Ziel ist, sich schnell "ausbilden" zu lassen, warum dann überhaupt etwas angehen, was nicht direkt diesem dient, würde dadurch doch nur die eigene "Ausbildung" behindert?⁷

'We can't afford to be neutral on a moving train' (System of a Down)

Die eigene Charakterisierung als "unpolitisch" und "sachpolitisch", die der ADF zwar seit Jahren Mehrheiten im StuPa beschert, beginnt also auf Personalebene den gegenteiligen Effekt zu erzielen: Niemand will mehr mit den ADFler_innen spielen. Und wozu auch, gibt es doch überhaupt keine politische Position für die die ADF einstehen würde. Denn was heißt "unpolitisch" schon anderes, als das letztlich doch nur (wenn auch vielleicht in leicht korrigierter Form) das durchgesetzt wird, was von höherer Stelle gefordert oder eingeführt wird? Und was bedeutet "Neutralität" denn Anderes, als dass man sich eben in diejenige Richtung mitreißen lässt, in die es gesellschaftlich gerade geht? Bevor ich mich aufraffe zu einer Gruppe zu gehen, deren wesentliches Ziel es ist, bloß nicht im Wege zu stehen, bleibe ich doch lieber gleich zu Hause; das ist einfacher, weniger zeitintensiv und mindestens genauso zielführend.

Auch wenn die ADF also immer besonderen Wert darauf legt, im Gegensatz zu anderen Hochschulgruppen - von LHG und RCDS über Jusos bis zur Grünen Hochschulgruppe - keine Jugendorganisation einer politischen Partei zu sein, offenbart sie mehr und mehr, dass sie in Wahrheit nicht viel Anderes ist, als der Versuch eine Art Jugendorganisation der Universitätsverwaltung darzustellen, die auf studentischer Ebene das umsetzt, was auf Ebene der Uni beschlossen wird. Kein Wunder also, dass die ADF im letzten Jahr freudig feststellte, dass sich das "Verhältnis zum Präsidium [...] spürbar verbessert"⁸ habe; die Uni wird sehr wohl wissen, was sie an der ADF hat.

bgsowi@stud.uni-goettingen.de

Generation Praktikum

Spätestens mit dem Ende des Studiums werden die meisten von uns sich einreihen in die 'Generation Praktikum'. 56 Prozent aller HochschulabsolventInnen beginnen laut einer Studie der DGB-Jugend ihre berufliche Karriere mit einem Praktikum - Tendenz steigend. In Frankreich arbeiten JungakademikerInnen im Schnitt fünf Jahre ohne reguläres Gehalt. Gab es früher ein Betriebspraktikum während der Schule und vielleicht ein Schnupperpraktikum nach dem oder während des Studiums, so gilt es heute in vielen Branchen, zunächst mehrere Jahre Praktika abzuleisten. Angeblich um sich zu qualifizieren - tatsächlich dienen diese neuen Beschäftigungsformen aber eher der Senkung von Lohnkosten.

Das Praktikum wandelt sich von der Ausnahme- und Überbrückungsinstitution mehr und mehr zum Dauerzustand. Insider sprechen bereits von Flundermenschen und meinen damit Menschen, die von Praktikum zu Praktikum tingeln und dabei zappeln wie eine Flunder. Da diese Stellen nun aber eher mies bezahlt werden (schließlich ist Lohndumping eines der Hauptanliegen der einstellenden Unternehmen), heißt das für die Betroffenen, dass sie über Jahre hinweg wahlweise den Eltern auf der Tasche liegen oder zur Arbeitsagentur wandern dürfen. Hartz IV nach dem Ende des Studiums ist somit nicht Ausnahme, sondern Regel.

Auch inhaltlich haben sich die Praktika gewandelt. In aller Regel sind sie nicht nur verbunden mit der Übernahme von Tätigkeiten, die bislang von Festangestellten erledigt wurden, sondern auch mit Stress und Überstunden. Immer häufiger sogar schon während des Studiums, denn die meisten Bachelor-Studienordnungen sehen Praktika als Pflichtleistungen in erheblichem Umfang vor.

Was also tun? Die Idee, einen Praktikumsstreik zu initiieren, scheint zunächst nicht besonders erfolgversprechend, alleine schon deshalb, weil PraktikantInnen selten gewerkschaftlich organisiert sind. Immerhin gibt es mittlerweile mit Fairwork eine Initiative, die sich als Interessenvertretung von HochschulabsolventInnen versteht, und auf deren Situation am Arbeitsmarkt aufmerksam machen möchte. Auf deren Homepage finden sich auch Praktikumsberichte, die den Ungläubigen einen kleinen Einblick in die Realität bieten können.

Während bei RTL Nord im Hamburg zwar nichts bezahlt wird, beträgt die wöchentliche Arbeitszeit immerhin nur 45 Stunden und es gibt sogar Übernahmemöglichkeiten. Die ist bei RTL West in Köln eher seltener, dafür werden aber 200 € monatlich bezahlt - für eine Arbeitszeit von mindestens 40 Stunden allerdings. Ausnahmen wie Schering (38,6 Stunden pro Woche bei 900 € im Monat), die im Grunde selber schon fragwürdig sind, bleiben eher selten und gelten schon fast als fortschrittlich. Im Schnitt kommt die Vergütung nicht über 300 € und die Arbeitszeit nicht unter 40 Stunden. Und nicht selten werden volle Stellen durch PraktikantInnen ersetzt.

Die Möglichkeiten, die die Kampagne Fairwork bietet, sind sicherlich begrenzt, aber trotz allem bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Also nutzt die Seite, unterstützt die Kampagne, organisiert Euch und helft anderen, die Fehler zu vermeiden, die ihr vielleicht gemacht habt.

julian.bierwirth@bb-goettingen.de

Mehr Infos im Internet:

Fairworks e.V.:
www.fairworks-ev.de

DGB-Jugend zu Praktika und Studium:
www.dgb-jugend.de/studium/praktika

Polit-Ökonomische Anmerkungen zum Praktikumsboom:
www.streifzuege.org/texte_str/str_06-36_lohoff_dead-men_praktikanten.html

Freiraum und leistungsorientiertes Studium

Oder: warum Freiräume eine Alternative zum Zeitmangel bieten

1. Die Reise auf dem Fließband

Ich bin Rohmaterial. Gerade aus dem Boden gewonnen und schon unterwegs von meiner Produktionsstätte zu dem Ort, wo ich verarbeitet werden soll. Ich sehe viele Gleiche um mich herum. Was mich in der Fabrik erwartet, zu der ich gefahren werde, weiß ich nicht. Man sagt, auf mich warte eine glänzende Zukunft voller Nutzen und Sinnhaftigkeit. Ich glaube das, denn jenen, die das gesagt haben, vertraue ich. Schließlich kenne ich sie schon mein ganzes Leben lang. Mir wurde von Freiheit und Selbstverantwortung erzählt, davon, wie ich das erste Mal auf eigenen Beinen stehen kann, dass ich neue Dinge erleben und unheimlich interessante Sachen erfahren werde.

Doch als ich von der gelernten Fachkraft aus der Verpackung genommen und am Ende in ein Zahnrad geschraubt werde, merke ich, dass all das, was mir erzählt wurde, nicht zutrifft. Dass ich hierhin gekommen bin, um Teil von etwas zu sein, was Teil von etwas ist, das ich gar nicht verstehe. Ich werde hin und her und hin geschickt. Dieses soll ich noch machen und Jenes verstehen. An einigen Stationen mache ich halt. In Einführungsveranstaltungen wird mein Profil gebildet, so dass ich nach rechts drehe, um eingebaut zu werden. Die, die nach links drehen, werden aussortiert. Man sagt, sie seien kaputt. Ich weiß nicht, was das heißt. Dann muss ich Module durchlaufen. Ich kriege einen Schliff, werde poliert. Angewandtes Glänzen wird mir beigebracht. Wie lange das Ganze dauert, kann ich nicht sagen. Alles geht so schnell und ich habe das Gefühl, dass so viele Fragen offen sind.

Aber bevor ich sagen kann, dass ich mehr Zeit brauche - kann ich das überhaupt? Ich bin doch eine Schraube - werde ich in das Zahnrad geschraubt.

Um zu verdeutlichen, was diese Geschichte mit der Überschrift zu tun hat, werden im Folgenden zwei Punkte betrachtet, die den Uni-Alltag in Göttingen am Anfang des 21sten Jahrhunderts kennzeichnen. Erstens soll es darum gehen aufzuzeigen, dass der Uni-Alltag einer ist, der auf Leistung und Zeitmangel ausgerichtet ist und zweitens wollen wir versuchen deutlich zu machen, warum wir der Meinung sind, dass Freiräume dem etwas entgegen setzen können.

2. Zeitmangel und Abfertigung in der Infrastruktur

Bereits ein kurzer Blick über den Campus und in die Institute reicht eigentlich schon aus, um zu wissen, was gemeint ist. Die Räume und Gebäude sind so eingerichtet, dass man sich dort nicht unbedingt länger aufhalten will, als für die Scheine/Credit Points notwendig ist. Kahle Wände, unbequeme Stühle und zweckmäßige Tische. Die Uni und im besonderen das ZHG ist auf eine höchstmögliche Effizienz und einem möglichst kurzen Besuch ausgerichtet. An der Universität sollen sich Studierende aufhalten, nur nicht zum Spaß und auch nicht länger als notwendig. Das hört sich zunächst merkwürdig an, aber wenn man sich vor Augen führt, welches Ziel mit der Einführung von Bachelorstudiengängen verwirklicht wurde, erscheinen die Zusammenhänge zwischen Raum und Studium klarer. Hauptmaxime ist hier: Der kurz-möglichste Aufenthalt.

3. Die Doktrin des Zeitmangels

Zunächst wurden ohne größeren Widerstand Langzeitstudiengebühren eingeführt, um innerhalb des Rahmens der fast schon uralt anmutenden Studiengänge Diplom und Magister aufzuräumen. Dann kamen die Bachelor-/Masterstudiengänge, die von höherer Hand durchgesetzt wurden, nämlich im Rahmen des Bologna-Prozesses, und zu guter Letzt wurden im letzten Semester allgemeine Studiengebühren eingeführt, um die Uni zu dem zu machen, was sie sein soll: Einem Ort, an dem Menschen was für den Beruf lernen und sich dann schleunigst vom Acker machen sollen. Es sei denn ... sie wollen in den Wissenschaftsbetrieb. Dann dürfen sie auch 'gerne' noch 2 Jahre länger bleiben und sich ein paar Schwerpunkte aussuchen. Studierende leiden, wie viele Menschen in dieser Gesellschaft, inzwischen unter chronischem Zeitmangel. Noch mal eben zwischen durch 'nen Nebenjob - sonst wird das Studium unbezahlbar - kurz die Klausur noch schreiben, ein Referat halten und Credit Points einsammeln. Da bleibt weder Zeit für die eigenen Interessen, noch bleibt Zeit für kritisches Nachdenken und Diskutieren. Alles muss möglichst schnell, möglichst erfolgreich abgefertigt werden und das in harter Konkurrenz mit anderen Studierenden, denn das erhöht die Karrierechancen. Expert_innen werden gefördert, die kritische Auseinandersetzung geächtet.

Vor wenigen Jahren war es tatsächlich möglich, sich während des Studiums noch an anderen Fachbereichen umzusehen. Sich Vorlesungen anzuhören über Hegel - naja, in Göttingen



Frege - obwohl man Medizin studiert hat. Damit wurden Inhalte in einem breiteren Kontext vermittelt und zumindest ein Raum für geisteswissenschaftliche Fragen in der Naturwissenschaft und vice versa geboten. Das ist inzwischen Vergangenheit.¹

Diejenigen, die sich heute gerne Zeit nehmen, um Zusammenhänge zu verstehen und Stress nicht als einen 'geilen Kick', sondern als unangenehm empfinden, werden durch diese unausgesprochene Doktrin von vornherein ausgeschlossen oder sie haben sich anzupassen, wenn sie sich im universitären Betrieb über Wasser halten möchten. Diejenigen Räume, die darauf hindeuten könnten, dass Studierende oder sogar Angestellte es sich an der Universität gemütlich machen, sollen schleunigst von der Bildfläche verschwinden und jenen Räumen weichen, die dem Zeitmangel entsprechen.

4. Freiraum – denn die Zeit steht still

Damit wird deutlich, dass der Zusammenhang zwischen Studium und Raum nicht von uns erfunden wurde, denn immerhin waren 'vorausstrebende' Universitätsleitungen dreist genug, bereits vor Jahren anzufangen, die Universität abzuschlanken, zielstrebig zu arbeiten und unverblümt ihre Ziele zu formulieren. Früh wurden deshalb schon bestehende Freiräume als störend markiert und behandelt. Eine Schikane folgte der Anderen bis schließlich das Café Kollabs im muffigen Keller des OEC verstaut wurde. Dann wurde ein Vorwand gefunden es ganz zu schließen. Eine Schikane folgt der anderen auch im Bezug auf den 'Bunten Raum' an der philosophischen Fakultät. Anfang des Semesters wurde der 'Bunte Raum' geschlossen, weil angeblich die Brandschutzkriterien nicht erfüllt werden würden. Wenn den Verwaltungen sonst nichts einfällt, werden die Brandschutzkriterien angeführt. Doch würden die Verwaltungen im Zusammenhang mit anderen Räumen (Büros, Aufenthaltsräume etc.) ebenso penibel mit den Brandschutzkriterien umgehen, müsste eigentlich die gesamte Uni dicht gemacht werden. Doch der 'Bunte Raum' ist noch einer der wenigen Freiräume an der Universität und wird durch die Univerwaltung auch als solcher betrachtet und behandelt. Und nur deshalb wurde der 'Bunte Raum' ohne formale Vorwarnung dicht gemacht.

Inzwischen ist der Bunte Raum zwar wieder offen, doch mussten die Betreiber_innen neue und strengere Auflagen erfüllen, als das bisher der Fall ist.

Das alles will nicht heißen, dass irgendwo ein 'Master Brain' sitzt, das sich eine fiese Strategie ausdenkt, um es den Studierenden mal so richtig zu zeigen. Vielmehr handeln die Verwaltungen zeitgemäß, den aktuellen Anforderungen entsprechend.

Genau das sollte uns als Studierende jedoch Sorgen machen. Wenn Verwaltungen Freiräume als störend markieren und sie aus dem Weg räumen, weil sie 'zeitgemäß' handeln, muss erstens etwas mit den herrschenden Verhältnissen nicht stimmen, und zweitens sollten wir uns dagegen stemmen und Freiräume als zeitgemäß hochhalten. Sie sind nämlich eine angemessene Reaktion auf den chronischen Zeitmangel, unter dem wir leiden. Räumlich bieten sie den Studierenden das, was ihnen durch die universitären Reformen verwehrt wird. Sie können die Räume selber und basisdemokratisch gestalten. Sie können sich dort aufhalten ohne formale Kriterien erfüllen zu müssen und an zeitliche Grenzen gebunden zu sein. Dass man vor einer geschlossenen Tür steht, ist bei einem Freiraum eher die Ausnahme als die Regel, ganz im Gegensatz zum alltäglichen Uni-Betrieb, wo man Türen erst eintreten muss, um sich dann noch nicht einmal wohl fühlen zu können. Im alten Kollabs standen Sofas, bequeme Sessel, es hingen Plakate an den Wänden und es strahlte das aus, was an der Uni bitter benötigt wird: das Gefühl, dass an diesem Ort die Bedingung für mein Dasein nicht meine Leistung und der Scheinerwerb ist. Das Gefühl, dass die Zeit zumindest ein paar Takte langsamer schlägt und ich mich vom Fließbandgeschehen ein bisschen erholen und nachdenken kann.

Das sind vielleicht keine verwertungslogisch objektiv gültigen Argumente, aber immerhin verhält es sich mit ihnen so, dass wir und viele, mit denen wir gesprochen haben, es ebenso empfinden. Wir finden die Forderung nach mehr Freizeit, nach mehr Selbstgestaltung und deshalb nach mehr Freiräumen nachvollziehbar und realistisch. Wir erachten sie als notwendige Bedingungen für ein selbstbestimmtes Studium und eine erträglichere Gesellschaft.

felix@bb-goettingen.de

Streit um die Altamerikanistik

Die Fakten sind schnell erzählt: 2005 wird der Professor für Altamerikanistik und Linguistische Anthropologie - Prof. Whittaker - vom Dekanat der Philosophischen Fakultät gebeten, für diesen Bereich einen Masterstudiengang auszuarbeiten. Dies geschieht und der Studiengang wird von der Philosophischen Fakultät zur Akkreditierung frei gegeben. Kurz vor dem Besuch durch die Gutachtergruppe der Akkreditierungsagentur wird der Studiengang jedoch seitens des Präsidiums von der Liste der zu akkreditierenden Fächer gestrichen. Politisch ist dies in mehrerer Hinsicht interessant. Erstens gibt es keine richtige Begründung für die Streichung. Zweitens erfolgt die Streichung entgegen den Beschlüssen der dafür zuständigen Gremien. In einer Stellungnahme des Präsidiums wird das Profil der Sozialwissenschaftlichen wie der Philosophischen Fakultät bemüht, in denen ein solches Fach keinen Platz habe. Außerdem falle die Professur nach Herrn Whittakers Ausscheiden 2019 wieder an das Land. Für sechs Jahre (Die Studiengänge starten 2009/10 und die Abwicklung müsste 2016/17 beginnen) einen Studiengang einzurichten würde sich laut Präsidium nicht lohnen. Whittaker argumentiert zurecht, dass 1. niemand weiß, wie die Stellensituation 2019 aussieht und das 2. auch in dieser Zeit noch mehrere Jahrgänge von Studierenden in dem deutschlandweit recht seltenen Bereich ausgebildet werden können. Das Präsidium argumentiert weiter, dass es auch bisher kein Fach Altamerikanistik/Linguistische Anthropologie gegeben habe, sich also durch die Ablehnung des Masterstudiengangs nichts ändere. Während in den Bereichen jedoch bisher Abschluss- und Dissertationsarbeiten im Fach Ethnologie geschrieben werden konnten, würden Whittakers Veranstaltungen nun nur noch bei den Professionalisierungsmodulen/Schlüsselkompetenzen der Ethnologie vorkommen. Da er in den wählbaren Schwerpunkten nicht mehr vorkommt, befürchtet er zukünftig, keine Abschlussarbeiten mehr betreuen zu können. Vom Präsidium gibt es inzwischen eine vage mündliche Zusage, dass es Prof. Whittaker in der Ethnologie möglich sein wird Abschlussarbeiten und Dissertationen zu betreuen. Ob und wie dies realisiert wird, bleibt abzuwarten. (Die Erklärung des Präsidiums und nach langem hin und her auch die Gegendarstellung von Prof. Whittaker sind unter www.uni-goettingen.de einsehbar)

In der politischen Bewertung zeigt dieser Fall einmal mehr, dass die Macht des Präsidiums die akademischen Selbstverwaltungsstrukturen mehr und mehr zu einer Farce gemacht hat. Whittaker war es nur möglich über eine starke Öffentlichkeit Druck auf das Präsidium aufzubauen, weil den regulären Institutionen wie dem Fakultätsrat die Hände gebunden sind. Dass ihm dafür vorgeworfen wird, er schade dem Image der Universität, zeigt welche Blüten der lokalpatriotische Eliteunihype treibt. Dass die AStA tragende ADF sich daran beteiligt und dabei in ihrer journalistischen Akribie die Presseerklärung des Präsidiums fast im Wortlaut als eigenen Artikel abdruckt („Viel Lärm um nichts“ in Wadenbeisser Nr. 72) zeigt wie sehr die studentische Interessenvertretung inzwischen auf den Hund gekommen ist..

¹) Im Bachelor ist zwar ein Bereich für interdisziplinäre Kombinationen vorgesehen, doch zeichnet sich die Studienstruktur eben dadurch aus, dass sie im Widerspruch zur Interdisziplinarität steht.

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht Hochschulrankings, Leitartikel und Titelthemen über die Situation an deutschen Unis berichten. Inzwischen dürfte klar sein, dass es sich um ein Thema von staatstragender Wichtigkeit handeln muss, an dem verschiedenste Akteure ein vitales Interesse haben.



Die aktuelle Bildungsdebatte hat etwas Groteskes. Denn während einerseits das Wort von der Wissensgesellschaft in aller Munde ist und überall die Notwendigkeit von Bildung beschworen wird, wird andererseits ihre Finanzierung immer weiter zurück gefahren. Während die Pisa-Studie zeigt, dass Deutschland europaweit eines der sozial selektivsten Bildungssysteme besitzt, also Kinder aus sog. bildungsfernen, d.h. ärmeren, Schichten strukturell benachteiligt werden, führen die Länder Studiengebühren ein. Das ist erklärungsbedürftig.

Rückblick: Die Bildungsreform der 60er Jahre

Im Rahmen der ersten Bildungsreform in der BRD seit Anfang der 60er Jahre konnten viele Freiheiten innerhalb des Studiums erkämpft werden. Die deutsche Wirtschaft verzeichnete in dieser Zeit immense Wachstumsraten. Diese beruhten v.a. auf einem exportstarken qualitativ hochwertigen Industriesektor. Dem entsprach die soziale Zusammensetzung der Bevölkerung und auch das Bildungssystem. Das dreigliedrige Schulsystem, das bis heute Bestand hat, festigte und reproduzierte die soziale Differenzierung durch seine frühe Selektion. Während sich aus den Haupt- und Realschulen die klassischen fordistischen Industriearbeiter rekrutierten, bildeten die Universitäten v.a. Funktionseliten (Ingenieure, Manager, usw.) aus.

Jedoch erhöhte sich in den 60er Jahren der Bedarf an gut qualifizierten Facharbeitern in dem Maße, dass das Bildungswesen mit seinen starken sozialen Selektionsmechanismen die Nachfrage nicht mehr decken konnte. In diesem Kontext steht die Bildungsdebatte der 60er und 70er Jahre. Die Hochschulen wurden nun geöffnet. 1970 wurden die Studiengebühren abgeschafft. Die Einführung des BAföG verringerte die schichtspezifischen Zugangsbarrieren

zusätzlich. Der Anteil der ArbeiterInnenkinder an der Zusammensetzung der Studierenden erhöhte sich von 6% 1963 auf 16% 1982. Der Staat übernahm jetzt weitestgehend die Bildungskosten. Die Bildung wurde in dieser Zeit als sozialpolitisches Instrument entdeckt. Denn die Erweiterung der Studierendenschaft an Unis und Fachhochschulen konnte nur unter Einbeziehung breiterer Schichten erreicht werden. Deshalb wurde der Versuch unternommen, über die Bildungspolitik die soziale Mobilität von Kindern aus unteren Schichten zu erhöhen. Die Gründung von Fachhochschulen und Universitäten wurde bewusst zur Förderung strukturschwacher Regionen eingesetzt. In Niedersachsen z.B. wurde ein Netz kleinerer Universitätsstandorte über das Land gezogen, um die ländlichen Regionen zu entwickeln. Die expandierende Wirtschaft und das expandierende Bildungswesen bedingen sich also gegenseitig. Das extensive Wirtschaftswachstum erlaubte dem Staat die gesellschaftliche Infrastruktur - zu der auch die Bildung gehört - immer weiter auszubauen. Zugleich ist diese Infrastruktur Bedingung für den Erfolg der deutschen Wirtschaft. Weiterhin sicherte das dreigliedrige Schulsystem mit seinen frühzeitigen Selektionsmechanismen eine Unterschicht von Industriearbeitern, während die Anzahl der Studierenden erhöht und damit die Nachfrage nach gut ausgebildeten Fachkräften bedient werden konnte. Schon damals war die Vorstellung von der freien Wissenschaft oder der freien Bildung also eine Illusion. Schon immer diente sie zur Ausbildung von ökonomischen Humanressourcen. Trotz allem ließ das System seit den Bildungsreformen der 60er Jahre größere Freiheiten innerhalb des akademischen Betriebs zu.

Die doppelte Krise des Bildungssystems

Dieses System gerät jedoch spätestens in den 80er Jahren in eine Krise, die es bis heute

nicht überwunden hat. Mit dem Ende des Nachkriegsbooms beginnt eine Politik, die versucht die Kosten der sozialen Infrastruktur zu senken. Der Staat reagiert auf die wirtschaftliche Entwicklung mit immer weiteren Steuerentlastungen für die Unternehmen. Der Anteil der Gewinnsteuern an den gesamten Steuereinnahmen reduziert sich von 32% im Jahre 1977 auf ca. 12,3% im Jahr 1998. Während z.B. die USA auf diese Entwicklung mit einer massiven Ausweitung des Haushaltsdefizits reagieren, spricht Schulden machen, versuchen der deutsche Staat ebenso wie die Länder und Kommunen diesen Einschnitt zu kompensieren, indem sie versuchen ihre Ausgaben in allen Bereichen zu senken oder zumindest stabil zu halten. Dies gelingt jedoch nur bedingt und es kommt zu einem kontinuierlichen Anstieg des Haushaltsdefizits. Im Jahr 2003 belaufen sich die angehäuften Staatsschulden auf 1.300 Mrd. Euro. Bis zu 20% des Haushaltes wird zur Zinszahlung verwendet. Der Staat ebenso wie Länder und Kommunen gerät zunehmend in die Klemme einerseits die gesellschaftliche Infrastruktur aufrecht erhalten zu müssen, auf die die Wirtschaft angewiesen ist, andererseits hierfür immer weniger Mittel von der Wirtschaft abschöpfen zu können und zu wollen. Denn auch innerhalb dieser Logik sind es weiterhin politische Entscheidungen durch die Prioritäten gesetzt werden. So hat in der Steuerpolitik der letzten Jahre eine massive Entlastung von höheren Einkommen stattgefunden. Allein die letzte Stufe der rot-grünen Steuerreform mit der Absenkung des Spitzensteuersatzes von 47% auf 42% bringt Verluste um ca. sechs Milliarden Euro und entlastet v.a. die BezieherInnen von Jahreseinkommen zwischen 500.000 und 1.000.000 Euro. So finden innerhalb der allgemeinen Sparlogik Prioritätensetzungen statt, die durch politische Kämpfe veränderbar sind. Die gesellschaftlichen Umbrüche führen jedoch auch zu einer veränderten Bestimmung dessen, was Aufgabe von Bildung sein soll. Denn mit dem Bedeutungsverlust der

Industrie, der mit einem Bedeutungszuwachs des Dienstleistungssektors einher geht, findet auch eine Umwälzung der Anforderungen an das Bildungssystem statt. Es ist der European Roundtable of Industrialists (ERT), der diese Veränderung kurz und bündig auf den Punkt bringt: „Erfolgreiche Kandidaten für traditionelle Berufe können natürlich durch eine frühe Spezialisierung in der Schule, vielleicht gefolgt von einer Ausbildung, produziert (produced) werden. Aber es muss eine Garantie geben, dass dieser Beruf auch noch nach Jahren da sein wird. Dieses System war gut für die langsame Vergangenheit, aber heute ist es unangemessen.“ Und weiter: „Arbeitgeber brauchen Menschen mit Selbstdisziplin, die sich an ständige Veränderungen anpassen können und endlosen neuen Herausforderungen gewachsen sind“, schreibt der ERT in seinem Dossier „Towards the learning society“. Was hier bereits 1995 antizipiert worden ist wird zunehmend zur Realität. Es geht um die Auflösung des Normalarbeitsverhältnisses und um das Ende kontinuierlicher Arbeitsbiographien. Der klassische fordistische Arbeiter, der auf der Grundlage von einmal erworbenen Kenntnissen ein Leben lang eine Arbeit verrichten kann, gehört der Vergangenheit an. Im Zeitalter von ‚flachen Hierarchien‘ und Just-in-Time-Produktion geht es nicht mehr darum den Menschen in tayloristisch‘ zergliederte Arbeitsabläufe zu pressen, die möglichst monoton verrichtet werden können, sondern darum, den Menschen in seiner ganzen Persönlichkeit der Arbeit zu unterwerfen, oder wie es im Managementdeutsch heißt: Es geht darum das Gold in den Köpfen der Menschen zu heben. Darauf ist jedoch das bisherige Bildungssystem, mit seiner frühen Selektion und der damit verbundenen geringen Qualifizierung nicht abgestimmt. Der oder die Haupt- und RealschülerIn mit tendenziell rudimentären Rechtschreib- und Mathematikkenntnissen und einer spezialisierten beruflichen Ausbildung ist für dieses Anforderungsprofil denkbar ungeeignet. Erfüllte die Schule mit ihrem disziplinierenden Instrumentarium bisher also durchaus ihren Zweck, wird sie nun zum Hemmschuh. Denn ab sofort „ist der ganze Mensch gefragt, mit seinen individuellen Möglichkeiten, seiner Offenheit, seinem Talent und seiner Leidenschaft“ hier in den Worten von Peter Hartz über den Arbeitnehmer der Zukunft.² Wer diesen Anforderungen nicht entsprechen kann oder wessen Arbeitskraft aus anderen Gründen aktuell nicht nachgefragt wird, gehört zu den ca. 5 Millionen Menschen, die mit Arbeitslosengeld II entweder bedroht oder bereits schikaniert werden.

Verschiedene Antworten

Die Politik hat also zwei zentrale Probleme ausgemacht: Das Bildungswesen ist unterfinanziert und nicht angemessen an den wirtschaftlichen Anforderungen ausgerichtet. Als Antwort auf diese Probleme lassen sich im wesentlichen drei Stränge ausmachen, die sich teilwei-

se ergänzen zum Teil aber auch einander widersprechen.

1. Reform der Studienstruktur: ‚lebenslanges Lernen‘

Der wichtigsten Ansatz zur Reformierung der Studienstrukturen ist das Konzept des ‚lebenslangen Lernens‘. Was sich oberflächlich betrachtet zunächst als ein emanzipatorischer Begriff ausnimmt, hat es jedoch wahrhaft neoliberal in sich. Was sich nämlich hinter diesem Begriff verbirgt ist das Konzept der ‚employability‘, was übersetzt ‚Beschäftigungsfähigkeit‘ heißt. Peter Hartz, dessen sozialpolitischen Vorstellung inzwischen Gesetzeskraft erlangt haben, formuliert das so: „eine neue Jobmoral, in der sich die Menschen nicht nur als Inhaber ihrer Arbeitskraft verstehen (sozusagen als shareholder ihrer Human Assets), sondern die Verantwortung für ihre Beschäftigungsfähigkeit übernehmen, also sich als ‚workholder‘ als Bewahrer und aktiver Entwickler ihrer Chancen und Arbeitsplätze verhalten“. Um für diese Aufgabe gerüstet zu sein, „muss den Menschen gelehrt werden, wie man denkt und lernt“ (ERT). Und damit wäre auch schon fast abschließend die Aufgabe des Bachelor umrissen oder wie es das ‚Centrum für Hochschulentwicklung‘ (CHE)³ ausdrückt: „Eine zentrale Funktion von Bachelorstudiengängen unabhängig vom Studienfach, besteht darin, die Lernfähigkeit der Studierenden auf hohem Niveau zu entwickeln (...) damit sie den Anforderungen ständiger Weiterqualifikation zum Erhalt ihrer Berufsfähigkeit (...) Rechnung tragen können.“ Bei diesen Parallelen bis in die Formulierungen hinein wäre es fast angebracht die aktuellen Bildungsreformen als Hartz V zu bezeichnen. Es ist klar, dass hier nicht die möglichst freie Entfaltung des Menschen auf dem Programm steht. Nicht mehr die gesellschaftlichen Verhältnisse sollen dem Menschen - sondern anders herum der Mensch soll den gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst werden. Das Leitbild dieser Bildungsreform ist die Ich-AG, der selbstverantwortliche Arbeitskraftunternehmer, der die Bildung als „hochrentable Investition in die eigene berufliche und private Zukunft“ betrachtet, wie uns der niedersächsische Bildungsminister Lutz Stratmann erklärt. Dass die Menschen sich einem solchen Leitbild nicht ohne Angst und äußeren Druck anpassen, versteht sich aus dem Kontext der Erklärung von allein: Es geht um die Rechtfertigung von Studiengebühren. In diesem Zusammenhang sind die Ankündigung der BildungsministerInnen durchaus ernst zu nehmen, die eine Erhöhung der Studierendenzahlen versprechen. Mit dem verstümmelten Studiengang des Bachelors können größere Zahlen von Studierenden in immer kürzerer Zeit durch die Universität geschleust werden. Die Studiengebühren werden ihr Übriges tun, um den Wunsch nach einer möglichst kurzen Verweil-

dauer an der Universität auch bei den Studierenden zu verankern. Der Master, der bei weitem nicht allen BachelorabsolventInnen offen stehen wird, entwickelt sich so von ganz allein zu einem Elitenförderungsprogramm. Dies kann sogar teilweise kostenneutral geschehen, durch eine Umverteilung der Finanzen weg von der breiten Massenbildung, die durch den Bachelor immer weiter formalisiert und damit verschult wird, hin zur Elitenbildung in den ausgedünnten Masterstudiengängen. Das Konzept Bachelor - zumindest wie es in Deutschland umgesetzt wird - wird also nur verständlich, wenn man es im Zusammenhang mit dem Konzept des ‚lebenslangen Lernens‘ betrachtet. Es geht dabei um eine Neujustierung des Bildungssystems, und die Schaffung von zunehmend unsichereren Arbeitsverhältnissen auf die der Mensch mit mehr ‚Flexibilität‘ antworten soll. Damit ist es Teil des neoliberalen Umbaus der Gesellschaft.

2. Finanzierung

Der zweite Strang umfasst die Bildungsfinanzierung, die durch die bewusst leer gesparten öffentlichen Kassen nicht mehr zu leisten ist. Daher wird erstens versucht das Studium durchzurationalisieren, also die Kosten pro Studierenden in der Masse zu senken und zweitens weitere Geldquellen aufzutun. Mit dem Bachelor-/Mastersystem und seiner effizienteren Selektion ist hierfür eine erste zentrale Weiche gestellt. Ein weiterer Schritt ist der Versuch zunehmend sogenannte Drittmittel aus der Wirtschaft zu gewinnen bzw. die Unis zu zwingen, sich um solche zu bemühen.⁴ Das bedeutet nichts anderes als eine Ausrichtung der Unis an der Wirtschaft. Damit wird jedoch ein entscheidendes Moment unterlaufen, weshalb der Staat Bildung und Forschung bisher als seine hoheitliche Aufgabe angesehen hat. Denn die notwendige Grundlagenforschung wird in den seltensten Fällen von betriebswirtschaftlich kalkulierenden Unternehmen gefördert werden, wenn die Wertbarkeit ihrer Ergebnisse noch in den Sternen steht. Zu guter Letzt sollen Studiengebühren gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Sie sollen disziplinierend wirken und so die Studienzeiten quasi von allein verkürzen. Weiterhin fungieren sie als Geldquelle für die leer gesparten Unihaushalte. Hinzu kommt jedoch noch eine weitere Hoffnung: Studiengebühren sollen marktwirtschaftliche Mechanismen in der Bildungslandschaft etablieren. Die Studierenden, so die Ideologie, würden dann mit der Geldbörse über die Studienqualität abstimmen. Damit würden die Unis gezwungen, sich um ihre Kunden zu bemühen und ihre Angebote, also die Lehre, entsprechend „kundenfreundlicher“ zu gestalten. So sollen Studiengebühren nicht nur auf die Studierenden disziplinierend wirken sondern auch auf die Unis. Wahrhaft demokratisch.⁵

Fortsetzung auf Seite 10 ►

¹) Das Fließband ist ein typischer Fall von tayloristischer Arbeitsorganisation. Diese beruht darauf, komplexere Arbeit in einzelne Arbeitsschritte zu zerlegen, die möglichst anspruchslos und monoton zu verrichten sind.

²) Natürlich gibt es wenig Gründe dieser Vergangenheit nachzutruern. So waren diese Verhältnisse geprägt, von zahlreichen (patriarchalen) Normierungen, die auf vielfache Weise freie Entfaltung verhindert haben. Insofern kann die neoliberale Ideologie hier durchaus an begründetes Unbehagen gegenüber diesen bornierten und bevormundenden Strukturen ansetzen. Gegenüber diesen verknöcherten Verhältnissen fällt es

natürlich nicht schwer die neuen Formen der Anpassung als Freiheit zu verkaufen.

³) Das CHE ist ein Thinktank, der u.a. von dem Medienkonzern Bertelsmann finanziert wird und mit seiner Lobbyarbeit starken Einfluss auf bildungspolitische Entscheidungen nimmt. Um Studiengebühren salonfähig zu machen, hat es z.B. eine Umfrage, in Auftrag gegeben die ‚herausgefunden‘ hat, dass ein Großteil der Studierenden für Studiengebühren sei. Kein Wunder: war die Option, dass man gegen Studiengebühren sei bei den Antworten gar nicht möglich.

3. Vermarktung der Bildung

Der dritte und mitunter brisanteste Strang wird in der Öffentlichkeit gern unter dem Begriff ‚Privatisierung der Bildung‘ verhandelt. Das trifft die Sache jedoch nur zu Hälfte. Denn worum es hier geht ist nicht einfach nur ein juristischer Eigentumswechsel - von öffentlicher in private Hand - sondern es geht um die Zurechtstufung der Bildung zu einem marktförmigen Gut. Dabei gibt es eigentlich zwei Prozesse. Der erste ist die Kostenreduzierung. Das heißt genauer, dass die Kosten für den Staat reduziert werden, indem er sie den privaten NachfragerInnen auferlegt. Studiengebühren sind hier das Mittel der Wahl. Und wenn die Kunden dann einmal bezahlen müssen, überlässt man es am besten gleich der Wirtschaft, die den Umgang mit Kunden ohnehin besser beherrscht als der Staat. V.a. in der beruflichen Weiterbildung ist dieses Phänomen bereits weit verbreitet. So weit, so bekannt. Doch der zweite Prozess könnte einen Wandel einleiten, dessen tiefgreifenden Konsequenzen wir noch nicht einmal erahnen können. Mit der Krise der auf industrieller Massenproduktion basierenden Nachkriegswirtschaft, macht sich das Kapital zunehmend auf die Suche nach neuen Anlagemöglichkeiten. Nachdem der dotcom-Traum zusammen mit der ‚New Economy‘ Ende der 90er Jahre geplatzt ist, gerät nun die Bildung zunehmend in den Fokus wirtschaftlicher Interessen. Immerhin werden nach Schätzungen der ‚Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung‘ (OECD) weltweit 1,9 Billionen Dollar jährlich im Bildungsbereich umgesetzt. Erschienen dieses gewaltige Volumen bisher in erster Linie als Belastung für den Staatshaushalt, wird es in den letzten Jahren zunehmend als Anlagemöglichkeit entdeckt. In diesem Zusammenhang werden mit Blick auf die Pisa-Studie auch einige Dinge verständlich. Diese hatte ja bekanntlich gezeigt, dass das deutsche Bildungssystem sozial hoch selektiv ist. Vor diesem Hintergrund ist es für den naiven Betrachter zunächst verwunderlich, warum in den bildungspolitischen Debatten wenig in die skandinavischen Länder geschaut wird, die in dieser Frage recht passabel abgeschnitten hatten, sondern das angelsächsische und v.a. das australische Bildungswesen als Vorbild herangezogen wird. Das wird erst verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass es beim Bolognaprozess in erster Linie um die „Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Hochschulraums“ (Bologna ’99) geht. Hier geht es implizit um die Konkurrenz zu Ländern wie USA oder Australien. Immerhin erwarben ausländische Studierende 2003 in den USA für 13,6 Milliarden Dollar Bildungsdienstleistungen. Das ist fast die Hälfte aller Einnahmen, die die OECD Staaten 1999 im Handel mit Hochschuldienstleistungen erwirtschaftet haben (ca. 30 Milliarden). In Australien machen die „Einnahmen durch ausländische Studierende rund 12 Prozent der Außenhandelsbilanz aus.“ (Deutschlandfunk 8.9.03) Großbritannien und Australien setzen dabei v.a. auf den Export von modularisierten

Studiengängen. Die Gewinne stammen hauptsächlich aus Schwellenländern, die sich, meist nachdem die ‚Welthandelsorganisation‘ (WTO) sie im Rahmen von sogenannten Struktur Anpassungsprogrammen verpflichtet hatte, die eigenen Hochschulen kaputt zu kürzen, den ausländischen AnbieterInnen geöffnet haben. Johanna Witte vom CHE hat 2001 für den „Deutschen Akademischen Austauschdienst“ (DAAD) untersucht, „was deutsche Hochschulen von den ausländischen Vorreitern auf diesem Feld lernen können“. Es ist die selbe Johanna Witte, die im Juni 2003 „Das Positionspapier II zu Bachelor und Masterstudiengängen“ des CHE mit vorgelegt hat, in dem Empfehlungen zur Umsetzung des Bolognaprozesses gemacht werden. In ihrer Untersuchung von 2001 stellt sie fest, dass als wesentliche Voraussetzung für den Export der Studiengänge „die Lehrinhalte in Form von modularisierten Einheiten aufbereitet sein“ müssen. Ein weiterer „Hauptknackpunkt“ sei, „wie die Gleichwertigkeit der Abschlüsse (...) gesichert werden“ könne. Damit wären dann auch alle zentralen Aspekte des Bolognaprozesses benannt: Modularisierung, und die „Einführung eines Systems leicht verständlicher und vergleichbarer Abschlüsse“ (Bologna ’99). Blicke noch die verbesserte Mobilität der Studierenden: Da es jedoch den Hochschulen überlassen bleibt ihre Studiengänge zu modularisieren, wird es weder innerhalb von Deutschland und erst recht nicht europaweit leichter werden, während des Studiums zu wechseln. Die Bildung selbst ist also zum Objekt wirtschaftlicher Interessen geworden. Nicht wie bisher nur ihre Ergebnisse (hochqualifizierte Arbeitskräfte und Forschungsergebnisse), sondern die Bildung als Ware, als Dienstleistung, soll der Kapitalverwertung nutzbar gemacht werden. Hierbei wird auf den bereits existierenden riesigen Markt gesetzt, aber auch auf die weitere Zunahme der Relevanz von Bildung für jedeN einzelneN. Denn wenn Fort- und Weiterbildung zum entscheidenden Faktor der ‚employability‘ werden, geht es nicht mehr um den Luxus, etwa der „Universität im dritten Lebensalter“, sondern um die existenzielle Frage, ob man in dem immer rauerem Klima des Arbeitsmarktes bestehen kann oder nicht. Wichtiger Motor dieser Entwicklung ist also schlicht Angst. Denn in dem Moment, wo der Zugang zur Bildung für die Menschen zu einer solch existenziellen Frage wird, lohnt es sich die Bildung zu verknappen und damit zur Ware zu machen. Genau dieser Prozess ist in vollem Gange. Dabei ist natürlich auch die aktuelle GATS - Runde relevant, in der über die Liberalisierung des Bildungssektors in den Metropolen verhandelt wird. Doch auch ganz unabhängig davon existiert bereits ein riesiger Bildungsmarkt, an dem die europäischen Staaten offensichtlich Interesse haben zu partizipieren. Insgesamt erscheint es klar, dass wir es mit einem widersprüchlichen Prozess zu tun haben. Eine wirkliche Weiterentwicklung z.B. von Institutionen des ‚lebenslangen Lernens‘ kann jedenfalls nicht kostenneutral geschehen. Auch ist es einigermaßen evident, dass Studiengebühren den Hochschulzugang für die breite Masse erschweren, genau wie jede ande-

re Form von Privatisierung, die den Zugang zur Bildung vom Geldbeutel abhängig macht. Kostenreduzierung und Vermehrung der Studierendenzahlen schließen sich langfristig also eigentlich aus. Trotzdem wird beides versucht. Hier schießen eindeutig mehrere Interessen durcheinander, die kaum miteinander vereinbar sind.

Was tun?

Wir müssen uns die Frage jedoch ohnehin anders herum stellen. Wir dürfen uns nicht fragen, welche Bildung die Wirtschaft von uns verlangt. Im Vordergrund muss die Frage stehen, welche Bildung wir möchten. Was kann lebenslanges Lernen noch bedeuten, außer dem ständigen Rattenrennen, um mit meinen Qualifikationen ständig up to date zu sein? Wie ist lebenslanges Lernen als emanzipatorischer Prozess denkbar, der das eigene Leben begleitet und reflektiert? Wie ist Bildung als Selbstbewusstwerdungsprozess denkbar? Emanzipation hat immer den Abstand zu den gesellschaftlichen Verhältnissen zur Voraussetzung, da nur durch einen solchen ein eigenständiger und unideologischer Meinungsbildungsprozess stattfinden kann. Gerade in Zeiten, in denen Bildung also aus ökonomischen Gründen abgeschafft wird und sich in einen reinen Zulieferbetrieb verwandelt, gilt es auf ihre Wichtigkeit für die Entwicklung des Menschen zu beharren und sich gegen ihre Degradierung zur Ausbildung zu wehren. Dabei darf man sich auch nicht von den ökonomischen Sachzwängen Irre machen lassen - im Gegenteil müssen wir offensiv mit ihnen brechen. Denn die aktuellen ökonomischen Verwerfungen beruht gerade nicht auf Mangel, sondern auf Überfluss. Es sind im Wirtschaftsjargon sogenannte „Überkapazitäten und Überproduktion“, die die Wirtschaft weltweit in die Knie gezwungen haben. Es ist also gerade das „Überangebot“ an stofflichem Reichtum, also an real verfügbaren Gütern, wegen dem wir sparen sollen. Das ist irrational und schlichtweg abzulehnen. Es wird also höchste Zeit, eigene Vorstellungen zu entwickeln, was Bildung sein, und wozu sie dienen soll. Nur dann können wir den aktuellen Angriffen auf unsere Bildung mit den Namen Bolognaprozess und Studiengebühren etwas Positives entgegensetzen. Das solche Überlegungen nicht auf die Bildung beschränkt bleiben können, sondern nur gedacht werden können im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in die sie eingebettet sind, sollte aus dem bisher Dargestellten offensichtlich sein. So wäre einmal zu fragen, was von einer Gesellschaft zu halten ist, deren zentrales Movers mehr und mehr die Angst ist. Dafür gibt es jedoch keine Blaupausen, sondern so etwas ist nur in einem gemeinsamen Prozess möglich. Die aktuellen Bildungsreformen konnten v.a. deshalb so gut durchgesetzt werden, weil wir Studierenden den neoliberalen Leitbildern keine eigenen Vorstellungen entgegensetzen konnten. An solchen Perspektiven zu arbeiten ist die Aufgabe von Hochschulpolitik in den nächsten Jahren.

kallekunkel@gmx.de

4) Dies soll z.B. geschehen indem staatliche Mittel an die zusätzliche Akquirierung von Drittmittel gebunden werden. Auf der Ebene der einzelnen Lehrstühle gibt es an der Uni Göttingen die sog. Leistungsorientierte Mittelvergabe (LOM) nach der ein Teil des Budgets ausgeschüttet wird. Neben anderen Faktoren wird hier auch die Einwerbung von Drittmitteln belohnt.

5) Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass mit den sog. Bildungsgutscheinen, die von ihren Befürwortern als ein demokratisches und sozialverträgliches Modell dargestellt werden, in Chile als einem der ersten Länder unter der Diktatur Pinochets experimentiert wurde.

Sexismus mit Tradition

Bei der Betrachtung von studentischen Verbindungen springt ein Aspekt sofort ins Auge: Fast alle Korporationen nehmen nur Männer auf, Frauen werden ausgeschlossen. Begründet wird dieser Ausschluß - wenn sich dazu überhaupt geäußert wird - in der Regel unter Berufung auf die eigene Tradition. Bekenntnisse, die unmittelbar als sexistisch erkennbar sind, versuchen die meisten Verbindungen in diesem Zusammenhang zu vermeiden. Anscheinend haben sie inzwischen festgestellt, dass sich eine solche Legitimation mitunter schwer vermitteln lässt. Auf der Webseite der Dachverbände der Corps liest sich das dann so: „Natürlich gab und gibt es einige Tabus in den Corps für das schöne-re Geschlecht. Corps sind nun einmal traditionell Männerbünde.“¹



Der Männerbund hält zusammen: Frauen sind vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Schwule und Transgender haben in der "natürlichen Ordnung" gar keinen Platz.

Bipolares Geschlechtermodell und Kampf gegen „Unmännlichkeit“

Dass Korporationen traditionell Männerbünde sind, ist zwar kein Argument für die Beibehaltung dieses Zustands, aber doch ein richtiger Hinweis auf die Kontinuität einer Ausgrenzungs- und Unterdrückungsstrategie. Für Studentenverbindungen, die in ihrer modernen Form seit Beginn des 19. Jahrhunderts existieren, war „Männlichkeit“ von Anfang an von zentraler Bedeutung. Grundlegend war das im Zusammenhang mit der Aufklärung entstandene bipolare Geschlechtermodell, in dem sich „Mann“ und „Frau“ als von Natur aus unterschiedliche Wesen konträr gegenüberstehen. Entsprechend dieser Konzeption werden den Geschlechtern jeweils gegensätzliche Eigenschaften zugeordnet. Aufgrund dieses Schemas ist die Konstruktion von „Männlichkeit“ stets auch Konstruktion von „Weiblichkeit“. Dem Mann werden Aktivität und Rationalität zugeschrieben, der Frau im Gegensatz dazu Passivität und Emotionalität. Hinzu kommen für den Mann Willenskraft, Tapferkeit, Zielstrebig-

keit, Selbständigkeit, Gewaltbereitschaft, Kompromißlosigkeit und Verstand. Frauen kennzeichnet nach dieser Vorstellung Schwäche, Bescheidenheit, Wankelmüt, Abhängigkeit, Güte, Nachgiebigkeit und Gefühl. Hintergrund des bipolaren Geschlechtermodells ist, dass die Philosphie der Aufklärung die Hinterfragung klassischer Geschlechterkonzeptionen ermöglichte. Die neu entwickelten bürgerlichen Gleichheitsvorstellungen boten prinzipiell auch Frauen die Chance zur Emanzipation. Da die Aufklärungsphilosophie „die Vernunftbegabung aller Menschen und die persönliche Leistungsfähigkeit zum Prinzip der individuellen Lebensgestaltung erhoben hatte, bestand die potentielle Möglichkeit, daß auch Frauen aus ihrem traditionellen Lebensraum heraustreten konnten“². Durch das bipolare Geschlechtermodell wurden diese Gleichheitsvorstellungen allerdings geschlechtlich überformt. Emanzipationsbestrebungen wurden unter Berufung auf eine naturgegebene Geschlechterordnung abgewehrt. Die hier propagierte Dichotomie stellt somit eine Legitimationsdilogie dar, mit der die Unterordnung und Ausgrenzung von Frauen auch weiterhin gerechtfertigt werden konnten.

Im Zuge der antinapoleonischen Kriege kam es zu einer Militarisierung der Männlichkeitsideale und einer Verknüpfung mit dem Nationalismus. Die sich formierende Burschenschaftsbewegung nahm diese Männlichkeitsentwürfe auf und integrierte sie in ihr politisches Programm. Die Aktivitäten gegen das restaurative Feudalsystem wurden untrennbar verknüpft mit der von Friedrich Ludwig Jahn und Karl Friedrich Friesen propagierten und von den Burschenschaften weitgehend übernommenen Männlichkeitsnorm. Die Burschenschaften verbanden bürgerliche mit ständisch-feudalen Elementen. Die Bedeutung von Standesunterschieden nahm ab, aristokratische Ehrvorstellungen blieben jedoch Bezugspunkt. Verbunden wurden die beiden Teile dieser Männlichkeitskonzeption durch den Bezug auf „Volk“ und „Vaterland“. Die individuell angestrebte Männlichkeit sollte im Kollektiv der Nation aufgehen.

Wie wichtig „Männlichkeit“ für die Burschenschaften in ihrer Konstituierungsphase war, zeigte sich auch auf der symbolischen Ebene. Die Verbindungsexpertin Alexandra Kurth hat

Fortsetzung auf Seite 12 ▶



Abbildung: Fahne der "Urburschenschaft"

darauf hingewiesen, dass es kaum Zufall gewesen sein dürfte, dass die Kragen und Aufschläge der Uniform der Urburschenschaft mit goldenen Eichenblättern verziert wurden. Schließlich war die Eiche ein eindeutig „männlich“ konnotierter Baum. Die Gestaltung der Fahne der Urburschenschaft steigerte diese Symbolik noch. Dieses Banner ist diagonal mit einem Eichenzweig bestickt. Zusätzlich sind zwei goldene Eicheln mit Kordeln an dem Stoff befestigt. Eine Interpretation als Phallussymbol erscheint hier sehr naheliegend. Auch bei dem für die Anfangsphase der Burschenschaften zentralen Ereignis, dem Wartburgfest, spielte der Bezug auf „Männlichkeit“ eine wichtige Rolle. Einer der Initiatoren der dort durchgeführten Bücherverbrennung, Hans Ferdinand Maßmann, zählte den Kampf gegen „Unmännlichkeit“ explizit zu den Zielen dieser Aktion.

Kampf gegen das Frauenstudium und Entwicklung der Männerbundideologie

Gegen die Zulassung von Frauen zum Hochschulstudium organisierte die von den Korporationsverbänden dominierte Studentenschaft im 19. Jahrhundert öffentlichkeitswirksame Proteste und Kundgebungen. Entsprechende Emanzipationsbestrebungen trafen bei den meisten Verbindungen auf scharfe Ablehnung. Lediglich die Burschenschaftlichen Blätter veröffentlichten ab 1895 auch Artikel, in denen

das Frauenstudium befürwortet wurde, ohne jedoch dabei das polare Geschlechtermodell in Frage zu stellen. Bezeichnend ist hier, mit welchen Argumenten die Befürwortung begründet wurde. Ausgehend von der Annahme, „daß die Frau durch die Natur auf das Familienleben angewiesen ist“³, sollte der Zugang zu Bildung im Wesentlichen das Niveau der Kindererziehung steigern. Insgesamt bemühten sich die Korporierten jedoch, die Studentinnen, die sich ab 1900 erstmals an eini-

gen Universitäten formell immatrikulieren konnten, ihre Ablehnung spüren zu lassen und sie durch Mobbing wieder aus den Hochschulen hinaus zu drängen. Es herrschte ein „unerträgliches Arbeitsklima, solange der männerbündische Korporationsgeist mit seiner ausdrücklichen Feindschaft gegen studierende Frauen den Ton bis in die Hörsäle hinein prägte.“⁴ Besonders hervor taten sich dabei Köseener Senioren-Convents-Verband (KSCV), Weinheimer Senioren-Convent (WSC) und die Vereine Deutscher Studenten (VDSt). Mitglieder des letztgenannten Verbandes waren führend an der Gründung und dem Aufbau des Deutschen Bundes zur Bekämpfung der Frauenemanzipation beteiligt.

Zeitgleich mit der allgemeinen Zulassung von Frauen zum Hochschulstudium wurde der Begriff des Männerbundes populär, auf den sich Studentenverbindungen - wie oben zitiert - auch heute noch positiv beziehen. Entwicklungen wie das Vordringen von Frauen in den öffentlichen Raum der Universität wurden als Symptom einer drohenden Verweiblichung der Gesellschaft wahrgenommen, Hans Blüher warnte gar vor einer „Mädchen- und Fraueninvasion“⁵. Als Reaktion auf diese vermeintliche Gefährdung der männlichen Vorherrschaft wurden Theorien entwickelt, die den bisher selbstverständlich erscheinenden Ausschluß von Frauen auch weiterhin legitimieren sollten - Männerbund-Theorien. Diese Theorien waren eine

ideologische Weiterentwicklung und Radikalisierung des bipolaren Geschlechtermodells. Die herrschaftssichernde Funktion wurde dabei teilweise erstaunlich offen benannt. So schrieb der Begründer der Männerbund-Theorien, Heinrich Schurtz: „Je stärker bei einem Volke die Gegensätze zwischen den Geschlechtern betont werden, desto nachteiliger ist es für die Frau; je mehr diese Gegensätze schwinden, desto mehr verschieben sich die Verhältnisse zu Ungunsten des Mannes.“⁶ Formuliert wurde das Ideal eines auf dem Männerbund aufgebauten Staates. Grundlage dieser Männerbünde sollte Freundschaft sein. Nur Männer galten als fähig zu dieser Form der Freundschaft. Frauen hingegen seien aufgrund ihrer Natur zu dieser Art der Vergemeinschaftung nicht in der Lage.

„Die menschliche Weltordnung ist auf das Männliche ausgerichtet.“

Die hier skizzierten Vorstellungen sind leider nicht irgendwann verschwunden, sondern haben sich in den Korporationen bis in die BRD erhalten. Entsprechend machten Verbindungen vor allem in den ersten zwei Jahrzehnten der Nachkriegszeit, als sie eine erneute Hochphase erlebten, studierenden Frauen das Leben schwer. Gerade die schlagenden Verbände traten als Akteure des Antifeminismus hervor. Die Stabilität von Geschlechterbildern in den Korporationen und ihrem Umfeld ist dabei mitunter frappierend. Der Soziologe Hans Anger veröffentlichte 1960 die Ergebnisse einer Mitte der fünfziger Jahre an vier bundesdeutschen Universitäten durchgeführten repräsentativen Erhebung, in der 138 Hochschullehrer befragt wurden:

„Auf die Frage, warum es so wenig weibliche Hochschullehrer an der Universität gebe, reagieren die entschiedenen Befürworter der Korporationen auffallend häufig mit Lachen, Schmunzeln oder anderen Anzeichen der Heiterkeit. Die Frage scheint vielfach als ‚naiv‘ empfunden zu werden - man findet es selbstverständlich, daß es nur wenig Dozentinnen gibt und vertritt in der Regel die Ansicht, daß Frauen für die Hochschullaufbahn grundsätzlich ungeeignet seien. In Übereinstimmung mit der Mehrzahl der Befragten wird dabei oft auf einen gewissen Mangel der Frau an intellektuellen oder produktiv-schöpferischen Fä-

¹) Gerd Daniel, Frauen und Corps (http://www.die-corps.de/Frauen_und_Corps.172.0.html Stand 10.9.07).

²) Christine Kohl-Langer, „Das Weib im Konflikt mit den sozialen Verhältnissen“. Bürgerliches Frauenbild und erste Emanzipationsansätze im deutschen Vormärz, Homburg, o. J. Zitiert nach: Alexandra Kurth, Männer - Bünde - Rituale. Studentenverbindungen seit 1800, Frankfurt am Main / New York 2004, S. 94.

³) A. Langguth, Die Frauenfrage. In: Burschenschaftliche Blätter, 13. Jg. (1899), S. 13. Zitiert nach: Dietrich Heither, Verbündete Männer. Die Deutsche Burschenschaft - Weltanschauung, Politik und Brauchtum, Köln 2000, S. 139.

⁴) Barbara Duden / Hans Ebert, Die Anfänge des Frauenstudiums an der Technischen Hochschule Berlin, S. 410. In: Reinhard Rürup (Hrsg.), Wissenschaft und Gesellschaft. Beiträge zur Geschichte der Technischen Universität Berlin, Berlin (West) / Heidelberg / New York 1979, S. 403 - 423.

⁵) Zitiert nach: Heither, Männer, S. 148.

⁶) Heinrich Schurtz, Altersklassen und Männerbünde. Eine Darstellung der Grundformen der Gesellschaft, Berlin 1902 S. 49 f. Zitiert nach: Heither, Männer, S. 150 f.

⁷) Hans Anger, Probleme der deutschen Universität. Bericht über eine Er-

higkeiten hingewiesen; besonders häufig aber begründen die Anhänger der Korporationen ihre negative Einstellung mit dem Argument, der Beruf des Hochschullehrers lasse sich mit der weiblichen Natur oder mit der biologischen Bestimmung des Weibes schlechterdings nicht vereinbaren. Unter den unbedingten Befürwortern der Korporationen gibt es keinen einzigen Befragten, der weiblichen Universitätslehrern positiv gegenübersteht, und nur einen Fall von bedingt positiver Haltung - alle übrigen nehmen, soweit ihre Einstellung mit hinreichender Sicherheit erkennbar ist, eine mehr oder minder negative, sehr oft sogar grundsätzlich ablehnende Haltung ein. Auch weiblichen Studierenden steht diese Gruppe häufiger als der Durchschnitt der Befragten mit großen Bedenken gegenüber; man glaubt, daß es in den meisten Fächern bereits zu viel weibliche Hörer gebe, neigt nicht selten dazu, das Frauenstudium grundsätzlich abzulehnen und bezweifelt überhaupt die Eignung der Frau für höhere geistige Tätigkeiten. Ein ganz anderes Bild bietet die Gruppe der entschiedenen Korporationsgegner.⁴⁷

Mit dem Aufkommen der Studierendenbewegung gerieten die Korporationen in eine Krise, die u.a. mit massivem Mitgliederverlust verbunden war. Aus der Aktivitas gab es zum Teil Reformversuche, im Allgemeinen gelang es den Alten Herren jedoch diese abzublocken. Das Geschlechterbild der Verbindungen blieb in der Regel intakt: „Eines der in Studentenverbindungen gepflegten magischen Tabus ist - neben den Ritualen - ein essentialistisch begründeter Geschlechterdualismus.“⁴⁸ Entsprechende Stellungnahmen finden sich in verbindungsstudentischen Veröffentlichungen bis heute immer wieder. Auch der Einfluss der um die Jahrhundertwende entstandenen Männerbundtheorien ist unübersehbar. Die eigene Organisation kann sich nur als rein männliche vorgestellt werden, Frauen haben darin keinen Platz: „Corpsstudenten sind Männer, eine Integration des weiblichen Geschlechts würde als Fremdkörper wirken, einem Freundschaftsbund hinderlich.“⁴⁹ Männer sind also Männer und Frauen sind eben Frauen. So „argumentieren“ kann nur, wer die Vorstellung eines in der Natur wurzelnden Geschlechtergegensatzes internalisiert hat. Davon ausgehend ist dann auch selbstverständlich, dass „natürlich“ nur Männer zu „wahrer Freundschaft“ fähig sind. Die

sen Grundgedanken entspricht eine Gesellschaftskonzeption, in der männliche Vorherrschaft nicht zu bekämpfendes Übel, sondern von der menschlichen Natur vorgegebene Norm ist: „Unser Burschenbrauchtum ist immer auf eine männliche Gruppe abgestimmt. Die menschliche Weltordnung ist auf das Männliche ausgerichtet.“¹⁰

Teilweise wird die gesellschaftliche Platzanweisung etwas geschickter formuliert: „Die Hand, die die Wiege bewegt, bewegt die Welt!“ sagt ein altes spanisches Sprichwort aus dem 17. Jahrhundert. Unschwer ist zu erkennen, daß damit der Einfluß der Frauen auf das Weltgeschehen gemeint ist. Dieser Satz gilt natürlich auch für die kleine Welt der Corps. Welche Rolle das weibliche Geschlecht in den Corps spielte, ist zumindest seit Einführung der Fotografie dokumentiert. Lange bevor der Ruf nach Emanzipation und Frauenquote laut wurde, war es selbstverständlich, daß die Frauen, Freundinnen und weiblichen Verwandten aktiv am Corpsleben teil hatten.¹¹ Der Platz der Frau ist also an der Wiege, die Kinderaufzucht die ihr zukommende, „natürliche“ Aufgabe. Das muss als „Einfluß der Frauen auf das Weltgeschehen“ dann aber auch ausreichen, der „Ruf nach Emanzipation“ ist offenbar unbegründet. Die hier propagierte klassisch patriarchale Sphärentrennung ist für Studentenverbindungen auch heute noch paradigmatisch. Frauen werden auf Reproduktionstätigkeiten reduziert, ihr Leben und Handeln soll sich auf den Mann ausrichten: „Meine lieben Damen, Sie sind für uns Männer ein Geschenk des Himmels. Ihnen verdanken wir Zufriedenheit und Erfolg im Studium oder in unserem Beruf, denn wenn wir es vielleicht auch nicht immer zugeben, wir wissen jedoch alle, wie wohlthuend ein ruhiges, ein lustiges oder auch ein aufmunterndes Wort aus ihrem Munde wirken kann. Ich stelle also fest: Die hochverehrten Damen erleichtern unser Leben nicht nur in vielen vielen Dingen, sondern durch ihre Liebe und Zuneigung und durch ihre Reize versüßen und verschönern sie unser Leben.“¹² Was als Lob formuliert wird, ist ein Schlag ins Gesicht, die Degradierung zum Befriedigungsobjekt für den Mann. Dass dieser für die „hochverehrten Damen“ den zentralen Bezugspunkt darstellt, ist für Verbinder völlig selbstverständlich. Das macht auch das folgende, von der Internetseite einer katholischen Verbindung stammende

Zitat deutlich: „Zum Reiz einer solchen Veranstaltung gehört unter anderem, dass die Männer unter sich sind und sich so niemand um seine Freundin kümmern muss oder in Versuchung kommt, mit einem weiblichen Gast zu flirten, statt sich mit einem Bundesbruder zu unterhalten, den man schon länger nicht mehr gesehen hat.“¹³ Dass die Freundin in der Lage ist, sich um sich selbst zu kümmern, ist für die Verbinder offenbar ebenso unvorstellbar wie die Möglichkeit, dass einer von ihnen in Versuchung kommen könnte, statt mit „einem weiblichen Gast“ mit dem „Bundesbruder“ zu flirten. Männer begehren keine Männer - diese Norm gilt auch beim Coburger Convent. Die Antwort auf die Frage „Warum nehmt Ihr keine Frauen auf?“ ist eindeutig: „Wir wollen Beziehungskonflikte aus unseren Gemeinschaften heraushalten.“¹⁴

■ **Geschichte der Ausgrenzung und Unterdrückung**

Die Geschichte der Studentenverbindungen ist eine Geschichte der Ausgrenzung und Unterdrückung. Seit ihren Anfängen sind biologistische Vorstellungen für die Korporationen konstitutiv. Das bipolare Geschlechtermodell wurde von ihnen zum Ideal des Männerbundes weiterentwickelt und radikalisiert. Ihren Einfluss nutzten die Verbindungen konsequent zur Sicherung männlicher Vorherrschaft. Ihr Agieren richtet(e) sich primär gegen Frauen, die von politischer Mitbestimmung und öffentlichem Leben ausgeschlossen bleiben und sich den ihnen zugewiesenen Aufgaben widmen soll(t)en. Vom Kampf gegen „Unmännlichkeit“ sind aber auch andere betroffen - so haben z.B. Transgender und Schwule in der von den Verbindern propagierten „natürlichen Ordnung“ keinen Platz. Dem Hinweis der Studentenverbindungen auf ihre Tradition ist durchaus zuzustimmen - Sexismus kennzeichnet sie in der Tat seit ihrer Entstehung.

bg-geschichte@gmx.net



hebung unter Professoren und Dozenten, Tübingen 1960, S. 116 f.

⁸⁾ Kurth, Männer, S. 20.

⁹⁾ Deutsche Corpszeitung (1983). Zitiert nach: Gerhard Schäfer, Vom Tiefschlaf zur nationalen Euphorie (1969 bis heute), S. 232. In: Ludwig Elm / Dietrich Heither / Gerhard Schäfer (Hrsg.), Füxe, Burschen, Alte Herren. Studentische Korporationen vom Wartburgfest bis heute, Köln 1992, S. 220 - 285.

¹⁰⁾ Burschenschaftliche Blätter (1980). Zitiert nach: Schäfer, Tiefschlaf, S. 232.

¹¹⁾ Daniel, Frauen.

¹²⁾ Rede anlässlich des Stiftungsfestes des Corps Rhenania zu Braunschweig 1990. Zitiert nach: Hans A. Plast (Hrsg.): Werte, Wicks und Waffenbrüder. Zur Ideologie und gesellschaftlichen Stellung studentischer Verbindungen, Göttingen 2005, S. 8.

¹³⁾ Katholische Deutsche Studentenverbindung Guestfalo-Silesia, Was du schon immer über uns wissen wolltest, aber nicht zu fragen wagtest ... (<http://www.cv-paderborn.de/faq.html> Stand: 19.12.2007).

¹⁴⁾ Coburger Convent der akademischen Landsmannschaften und Turnerschaften, Mitgliedschaft. Surfer fragen, der Coburger Convent antwortet (<http://www.coburger-convent.de/faq/mitgliedschaft.html#frauen> Stand: 19.12.2007).

Unbekannte Akten

Rote Hilfe startet Kampagne gegen Datensammelwut

Die Einführung der Vorratsdatenspeicherung wird dieser Tage vieler Orts diskutiert und kritisiert. Staatliche Sammelwut gibt es aber schon viel länger. Insbesondere über politisch aktive Menschen sammeln die Behörden Daten. Wer „politisch genug“ ist, um in den Fokus staatlicher Schnüffelei zu geraten, bestimmen die Ermittler_innen selbst – und legen dabei eine erschreckend niedrige Hemmschwelle an den Tag. Die Rote Hilfe lädt nun alle ein, sich einen Überblick über die gespeicherten Daten zu verschaffen.

„Bereits das Kandidieren für eine linke Hochschulgruppe bei den Uniwahlen kann ausreichen, damit die politische Polizei eine Akte über eine Person anlegt und diese fortan genau beobachtet“, sagte eine Sprecherin der Roten Hilfe Göttingen. Weiterhin seien Fälle bekannt, in denen das Schreiben eines kritischen Leserbriefs genügte, um von den Behörden beschnüffelt zu werden. LKA, Verfassungsschutz, Polizei: Sie alle führen Akten über politisch aktive Menschen, dokumentieren, auf welchen Demos

oder Party's sie waren, womöglich was sonstige Gewohnheiten sind. Selbst in ihrer

eigenen Logik begehen die Schnüffler_innen dabei Fehler. Der Roten Hilfe sind aus jüngerer Vergangenheit Fälle bekannt, in denen zahlreiche Einträge in staatlichen Akten von den Betroffenen widerlegt werden konnten. Sie waren schlicht falsch.

Die Konsequenzen für die betroffenen Personen können sehr unerfreulich sein. Sehr schnell landet man in Kategorien wie „Gewalttäter links“. Für Streifenpolizist_innen Grund genug, bei der nächsten Verkehrskontrolle etwas genauer hinzuschauen. „Es kann sogar sein, dass solche Akteneinträge die Einstellung in ein Arbeitsverhältnis für die Betroffenen verhindern“, beklagt die Sprecherin der Roten Hilfe weiter. Zudem werden ihren Angaben nach die Daten auch internationalisiert. „Der Grenzschützer weiß dann nicht mehr, dass man eigentlich nur mal einen Leserbrief geschrieben hat und verweigert womöglich die Einreise“.

Die Göttinger Ortsgruppe der Roten Hilfe will dieser gängigen Praxis etwas entgegen setzen. Sie hat eine Kampagne ins Leben ge-

rufen, die ein kollektives Auskunftsersuchen zum Ziel hat. Möglichst viele Menschen sollen im Januar bei den entsprechenden Behörden einen Antrag auf Auskunft über ihre Akteneinträge stellen. Für die einzelnen Personen ist der Aufwand minimal: sie müssen nur eine Vollmacht ausstellen – den Rest erledigt ein Anwalt.

Der Roten Hilfe geht es bei dieser Kampagne zum Einen darum, die behördliche Sammelwut bloß zu stellen. Außerdem habe jede_r das Recht zu erfahren, was über sie_ihn gespeichert ist. „Zusammen mit einem Anwalt hat man gute Chancen, zumindest einen Überblick über seine Akteneinträge zu bekommen“ heißt es in einer Publikation. Wenn man einen solchen Antrag ohne anwaltliche Unterstützung stelle, erfahre man oft nichts oder nicht alles. Man braucht kein_e Jurist_in zu sein, um zu ahnen, dass dieses Vorgehen nicht rechtmäßig ist. Allem Anschein nach ist es aber behördlicher Alltag.

Um zu verhindern, dass die Behörden durch ein solches Auskunftsersuchen erst auf Personen aufmerksam werden, sollen viele Anträge gleichzeitig abgegeben werden. „Deswegen machen wir diese groß angelegte Kampagne“ erklärt die Sprecherin der Roten Hilfe. Die Gruppe sammelt die Anträge bis Ende Januar und reicht sie dann auf einen Schlag bei den Behörden ein.

Die Formulare für das Auskunftsersuchen gibt es bei der Roten Hilfe oder im FSR SoWi Raum im Oec. Für die Deckung der Kosten wird um eine Spende von 10 Euro gebeten. Abgeben kann man die Formulare im Keller des Roten Buchladens oder bei der Roten Hilfe direkt. Die Gruppe trifft sich jeden Dienstag ab 18.15 Uhr in der Geismar Landstraße 6. Hier informieren die roten Helfer_innen auch gerne im persönlichen Gespräch.

goettingen@rote-hilfe.de

Ich hab' ja nix zu verbergen...

*Warum Themen wie Vorratsdatenspeicherung,
Payback und RFID nur für eine kleine Gruppe von linken
Extremist_innen relevant sind.*

Neulich hat mich Peter gefragt, ob ich mit nach Hamburg komme, da sei ne Demo, gegen Vorratsdatenspeicherung und Überwachung. Vorratsdatenspeicherung, also Speicherung von Anruferdaten bis zu einem halben Jahr. Ich würde zwar nicht behaupten, dass ich das gut finde, klingt schon ein bißchen nach George Orwell. Aber direkt schlimm ist das nicht, ich hab ja nix zu verbergen... Für Peter könnte das zwar ein bißchen doof sein, schließlich ist der glaub ich in so ner Antifa Gruppe. Wenn ich so drüber nachdenke, passt der eigentlich gut in das Täterprofil dieser *militanten gruppe*. Er bewegt sich in linken Kreisen, studiert, kann also wissenschaftlich klingende Texte schreiben, außerdem ist er bisher nicht vorbestraft. Hat ja schonmal zur Verhaftung gerreicht. Ob der was damit zu tun hat? In dem Fall ist es vielleicht ganz gut, zu wissen, mit wem der so telefoniert. Aber mal ehrlich, wer wird sich schon für MEINE Gespräche interessieren. Meine „personenbezogenen Daten“ sind auch für niemanden interessant. Geben täte es aber recht viele. Ich hab mal ein bisschen nachgedacht und bin auf relativ viele Sachen gestoßen. Also so rein theoretisch bin ich ganz schön digitalisiert. Am Supermarkt bezahle ich mit EC-Karte, außerdem habe ich mehrere Kundenkarten. In der Mensa bezahle ich mit meinem Studiausweis, im Internet schreibe ich in verschiedenen Foren, aber das ist ja auch halbwegs anonym. Gestern war ich in der Bibliothek, der HiWi hat ein bisschen gegrinst. Mein Freund hatte sich Bücher über Sexualität im Mittelalter ausgeliehen, scheint also auch nachvollziehbar zu sein, was ich so in der Bib ausleihe.

Man muss ja auch mal sehen, dass das Vorteile hat, mit diesen gespeicherten Daten: bei GMX bekomme ich zum Beispiel Werbung, die mich auch wirklich interessiert, weil ich diese Fragebögen zu meiner Person ausgefüllt habe. Wär mir zwar peinlich, wenn jemand wüsste, dass ich

mich eigentlich überhaupt nicht für Sport interessiere. Meine Krankenkasse sollte das wohl auch besser nicht in die Finger kriegen, die haben jetzt so einen gestaffelten Tarif, wenn die wüssten, dass ich rauche, müsste ich da zum Beispiel mehr bezahlen. Ach ja und die GEZ sollte wohl auch besser nicht wissen, dass ich an Fernsehgewinnspielen teilnehme. Ob das stimmt, dass die an so Daten rankommen? Wer kommt überhaupt an meine Daten ran? Ob sich ein_e Arbeitgeber_in die Mühe machen wird, zu versuchen, was über mich rauszufinden? Wenn der meinen Namen bei Google eingibt, würde er zumindest wissen, dass ich für die Linken kandidiert habe bei Hochschulwahlen, die Listen sind immer noch online. Oh - und um die Fotos bei StudiVZ sollte ich mich auch noch kümmern, hoffentlich hat mich letztes Wochenende niemand verlinkt. Ach ja und vielleicht sollte ich mal gucken, ob man meinen Namen, den ich für diese Freiraum-Kampagne hergegeben habe, mal wieder löschen kann. Das ist ja jetzt auch schon was länger her. Wobei das auch komisch ist - die Seite ist schon wieder offline, Google hat sie aber trotzdem noch gespeichert.

Peter hat schon wieder angerufen, ob ich jetzt mitkäme nach Hamburg und auch ob ich wieder kandidieren würde. Werde ich wohl nicht machen, bin schließlich bald fertig und so wichtig ist das ja jetzt auch nicht, dafür will ich lieber keinen Job riskieren. Wenn ich so drüber nachdenke, telefonieren Peter und ich ganz schön oft. Nicht, dass da mal ein falscher Verdacht auf mich fällt. Vielleicht sollte ich ihm sagen, dass er nicht so oft anrufen soll. Auf die Demo werde ich wohl doch nicht fahren, wenn ich da ne SMS kriege, lässt sich das noch ein halbes Jahr nachvollziehen und schließlich wird da gefilmt und das muss ja auch nicht unbedingt sein.

bg-fimp@gmx.net

+++ Termine +++

Mi, 09.01 18:15 // VG 213
**Ist gewerkschaftliche Solidarität
grenzüberschreitend?**

Neue 'Labor Geographies' in der deutsch-polnischen EU-Grenzregion
Basisgruppe Geo, mit Michael Neunzig (Berlin)

Di-Fr, 15.01-18.01. // Uni

Uni-Wahlen

Wahlen zu den studentischen- und
Kollegialorganen

Basisgruppen und BB wählen!

Mi, 16.01 20:00 // DGB-Haus

Zeugnisse aus Stein - Kontinuität im Wandel

Die Erinnerung an die NS-Vergangenheit im
21. Jahrhundert
OLAfA

Sa, 19.01, 14:00 // Bad Lauterberg

Es gibt kein Ruhiges Hinterland

Antifaschistische Demo gegen rechte Strukturen

Do, 24.01, 18:15 // VG213

Maßstäblichkeit von Arbeitsbeziehungen

am Beispiel der Tarifpolitik in der Metall-
und Elektroindustrie in Deutschland
mit Susanne Heeg (Frankfurt/M.)

Vortrag: Fr, 25.01.08. 19:30 // ZHG 004

Workshop: Sa, 26.01.08 12-18 Uhr // Arbeit+Leben
**"Homophobia, the worst disease" -
Homophobie und bürgerliche Gesellschaft**
Gruppe 180° - mit Adrian de Silva

Mi, 30.01, 14:00 // Treffen vor der SUB

Stadtrundgang: Medizin im Nationalsozialismus in Göttingen

Geschichtswerkstatt Göttingen e.V.

Jeden Do, 20:00 // FSR Sowi (Oeconomicum, E80)

BB-Plenum

Die entscheidende Arbeit des BB findet im Plenum
statt. Interessierte und Neuzugänge sind immer
herzlich willkommen.

Details und weitere Termine unter:

www.bb-goettingen.de

+++ Analyse ++ Kritik ++ Aktion! +++ Basisdemokratisches Bündnis

Für freie Bildung und gleichen Bildungszugang!

Ziel von Bildung sollte die eigenständige Auseinandersetzung mit Lehrinhalten sein. Jegliche Durchökonomisierung steht dem entgegen. Also: Gegen die Einführung der B.A./M.A.-Studiengänge. Wir wollen mindestens Diplom und Magister zurück - wenn wir schon kein wirklich frei strukturierbares und an unseren Interessen ausgerichtetes Studium haben können. Das alles macht nur Sinn, wenn ein freier Zugang zu allen Ebenen des Bildungssystems für alle sichergestellt ist. Darum setzen wir uns gegen jegliche Form von Einschränkung bestehender Bildungszugänge ein. Also: Für den weiteren Abbau von Zugangsbarrieren an den Hochschulen Und: Gegen Studiengebühren!

Kritische Wissenschaften fördern!

Zu oft orientieren sich Forschung und Lehre an den Forderungen aus Arbeitsmarkt und Wirtschaft. Dagegen gilt es einen Begriff von kritischen Wissenschaften hochzuhalten. Wissenschaft sollte versuchen, Zusammenhänge zu denken, nicht vor Fächergrenzen halt machen und auch mal unangenehme Wahrheiten über die Welt um uns herum in den Blick nehmen. Dazu gehört auch die politische und ethische Diskussion über das, was aus den Forschungsergebnissen schließlich gemacht wird. Früher war es zudem Gang und Gäbe, dass Studierende sogenannte autonome ("unabhängige") Seminare angeboten haben. So können Themen in die Hochschule getragen werden, die Lehrende von sich aus nicht aufgreifen wollen. Wir unterstützen die Versuche der Organisation solcher Seminare offensiv und setzen uns für eine funktionsfähige Vernetzung der unterschiedlichen Versuche ein.

Für ein breites und qualitativ ansprechendes Studienangebot

Wahlmöglichkeiten sind für die eigene Bildung ebenso wichtig wie Vertiefungsmöglichkeiten. Darum treten wir für mehr Veranstaltungen und Tutorien ein. Aber: damit diese auch qualitativen Standards genügen, ist das mit einem Mehr an Lehrkräften und gut bezahlten Hilfskräften verbunden. Also: gegen die Kürzung von Hilfskraftstellen im Zuge der Hochschul-kürzungen.

Universität als demokratische Lebenswelt begreifen

Wir begreifen die Universität als Teil unseres Lebens. Darum möchten wir auch, dass es hier entsprechend aussieht: Dass Universität davon zeugt, dass wir an ihr studieren und an ihr leben. Das Plakatierverbot muss zurückgenommen werden. 1. verlieren wir alle dadurch Informationsmöglichkeiten. 2. ist der Anteil der Kommerzialisierung der Uni seit seiner Einführung enorm gestiegen. Dazu zählt auch die Formen demokratischer Mitbestimmung, die in den letzten Jahren immer weiter eingeschränkt wurden, zurückzuerkämpfen.

Für Datenschutz bei Studierenden

Mit der Chipcard für Studierende werden datenschutzrechtliche Bestimmungen und die Rechte jedes Einzelnen mit den Füßen getreten. Weshalb sie an einigen Unis auch wieder abgeschafft wurde. Also: gegen die Weiterführung der Chipcard in ihrer jetzigen Form.

Öko-Referat im AStA

Wir werden uns für einen Umstieg auf sauberen Strom in der Uni einsetzen. Und wer sollte sich sonst um die Einführung von fairem Kaffee und Ökofleisch in der Mensa kümmern? Sich kritisch mit der Welt um uns herum auseinanderzusetzen, heißt auch, zu schauen, was das für unsere Realität bedeutet. Hierzu kann das Öko-Referat einen Beitrag leisten.

Gezielte Frauenförderung und Stärkung der Frauenbeauftragten

Trotz Gender-Mainstreaming und Frauenbeauftragten gibt es aus der Genderperspektive noch immer viel zu tun. Denn Gender-Mainstreaming orientiert sich hauptsächlich an Verwertungskriterien und Frauenbeauftragte werden in den universitären Gremien noch immer nicht für voll genommen. Ebenfalls in diesen Bereich fällt die Tatsache, dass viele bildungspolitische Veränderungen, wie etwa BA/MA Geschlechterhierarchien eher verstärken werden - statt sie zu verringern. Und: Das noch immer verbale und körperliche Übergriffe häufig ohne Konsequenzen bleiben, darf nicht so bleiben.

Gender-Referat im AStA

Diskriminierungen aufgrund von Geschlechtszuschreibung und sexueller Orientierung sind noch lange nicht von der gesellschaftlichen Agenda verschwunden - leider. An der Uni ist das nicht anders. Darum braucht auch der Göttinger AStA wieder ein Gender-Referat.

Für eine Stärkung ausländischer Studierendenvertretung!

Gerade finanziell wurde die ausländische Studierendenvertretung in den letzten Jahren massiv geschwächt. Das wollen wir rückgängig machen und sie gleichzeitig stärker in universitäre Diskussionsprozesse einbinden.

Kinder- und elternfreundliches Studium ermöglichen

Studieren mit Kind ist nicht immer leicht. Aber es gibt viele Möglichkeiten hier Erleichterungen zu schaffen: dazu gehört ein größeres Angebot an Wickelräumen in der Uni. Dazu gehört auch eine bessere Bekanntmachung der schon vorhandenen Räume. Dazu gehört auch eine Verbesserung von Kinderbetreuungsangeboten an der Uni und eine finanzielle Unterstützung von studierenden Eltern.

Neo-Faschismus und Rassismus bekämpfen!

Während des Nazi-Aufmarsches haben wir gezeigt, dass wir rassistischem, nationalistischen und antisemitischem Gedankengut keine Plattform geben wollen. Wenn Nazis auch dauerhaft in dieser Stadt und an dieser Uni keine Chance haben sollen, muss es auch eine kontinuierliche Arbeit zu diesem Themenfeld geben. Und auch Burschenschaften gehört Paroli geboten.

Für eine behindertenfreundliche Uni

Wir finden, dass Studierende mit körperlichen Behinderungen an der Universität immer noch nicht ausreichend bedacht werden und setzen uns ein für eine Interessengemeinschaft studentischer RollstuhlfahrerInnen.

Fahrradfreundlicheres Göttingen

Viele Studierende sind mit dem Fahrrad unterwegs. Und viele bekommen regelmäßig Ärger mit der Polizei, weil viele Einbahnstraßen mit dem Fahrrad nicht in beide Richtungen befahrbar sind. Es wäre also im studentischen Interesse, sich gegenüber der Stadt dafür einzusetzen, dass mehr Einbahnstraßen mit dem Fahrrad in beide Richtungen benutzt werden dürfen.

Keine 1-Euro-Jobs an der Uni

...beim Studiwerk, in der SUB oder beim AStA. 1-Euro-Jobs sind Zwangsdienste und dienen lediglich dazu, trotz Kürzungen alle Leistungen aufrechterhalten zu können. Dazu sagen wir: Nein! Wer funktionstüchtige Unis will soll dafür ausreichend Gelder bereit stellen.

Gleichberechtigung bei der Bücherausleihe

In vielen Bibliotheken können sich Lehrende auch dann Bücher ausleihen, wenn das für Studierende nicht möglich ist. Letztere stehen dann dumm da und müssen sich nach Alternativen umsehen. Also: Keine Bevorzugung von Lehrenden bei der Bücherausleihe!

Für einen starken und handlungsfähigen AStA

Der momentane AStA beschneidet sich durch seine ideologische Trennung von „Hochschul-“ und „Allgemeinpolitik“ vieler seiner Handlungsmöglichkeiten. In Zeiten, in denen die Bildungsfinanzierung und das selbstbestimmte Studium derart unter Beschuss stehen, braucht es einen starken und handlungsfähigen AStA, der sich nicht in Formalien verrennt und politische Forderungen stellen und durchsetzen kann. Dazu gehört selbstverständlich auch die immer wiederkehrende Forderung nach einer Abschaffung des AStA zurückzuweisen.



Wählt Basisgruppen!

Für emanzipatorische Fachschaften!

Stupa: Wählt Liste 6: **BB**

Für einen emanzipatorischen AStA!

Wahlen an der Uni
vom 15.-18. Jan '08



+++ ZIEL IM AStA +++
+++ ZIEL DES BB IM AStA +++

+++ ZIEL DES BB IM AStA +++